



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 1,50 DM

Nr. 10/1975



ANGOLAS VOLK GEGEN DEN BÜRGERKRIEG DER KONZERNE

Exklusiv-Interview mit P. Luvualu,
Mitglied des Zentralkomitees der MPLA

Inhalt

AIB-Leserumfrage: Ergebnisse und Folgerungen S. 3 – 4

Angola

Interview mit Pascal Luvualu, MPLA
Angolas schwerer Weg
in die Unabhängigkeit S. 5 – 10

Die Position der internationalen
Konzerne in Angola S. 8 – 9

Chile

Interview mit Carlos Parra,
Exekutivsekretär der Unidad Popular
Einheit im Kampf – Garant für den Sieg S. 11 – 12

Jewgeni Jeljutin
Der Ausverkauf der chilenischen
Wirtschaft – eine Zweijahresbilanz S. 13

Vietnam

Reisereportage von Peter Jacob
Die "Racheengel" von Saigon S. 14 – 19

Rudi Bergmann
Ho Chi Minhs Lachen oder das Lied vom
Glück des Friedens S. 15

Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer

Fritz Rische
Die neokoloniale Expansion der
westdeutschen Konzerne und die Bonner
Entwicklungspolitik (2. Teil) S. 19 – 25

Das Beispiel VW do Brasil S. 22

Kurzinformation

Naher Osten, BRD-RSA, Zimbabwe
Freiheit für Namibia – Erklärung des ASK S. 26 – 28

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner (presserecht-
lich verantwortlich), Wolfram Brönnner, Wolfgang Rit-
ter, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, G. Giesenfeld, M. Hellmann, Th. Kröter,
P. Maaskola, J. Ostrowsky, M. Passolt, B. Pflug,
W. Ritter, I. v. Schönberg, B. Schwiening

Redaktionsschluß dieser Nummer: 16. Oktober 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeige und Beilage:
– Protokoll "Südafrika-Tribunal" des Antiimperia-
listischen Solidaritätskomitees
– Bestellkarte des AIB für die Iran-Sonderbroschüre

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PscA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB-Leserumfrage: Ergebnisse und Folgerungen



Das fünfjährige Bestehen des Antimperialistischen Informationsbulletins (AIB) im Mai 1975 nahmen Redaktion und Herausgeber zum Anlaß für eine Leserumfrage. Einmal bestand das Ziel dieser Aktion darin, die Umfrage-Ergebnisse zur Verbesserung von Inhalt und Aufmachung zu nutzen. Insofern mußte eine rege Beteiligung an der Fragebogenaktion eine wertvolle Hilfe und Unterstützung für die weitere Arbeit der Redaktion bedeuten. Zum anderen sollte diese Umfrage nicht minder für jeden Leser eine Form der Mitbestimmung über das künftige Aussehen des AIB darstellen. Um diese in der AIB-Jubiläumsausgabe Nr. 5/1975 abgesteckten Ziele und Versprechen einzulösen, machen wir Sie hiermit mit den Resultaten der Umfrage sowie mit den daraus von uns gezogenen Schlußfolgerungen bekannt.

Insgesamt 26% des festen Leserkreises des AIB sandten den Fragebogen ausgefüllt zurück. Auffällig waren die Ausführlichkeit und Sorgfalt, mit der unsere Leser an die Beantwortung des Fragebogens gingen. Beeindruckend wirkte auch, daß sehr oft von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, Hinweise auf Werbemöglichkeiten und allgemeine Anregungen zu geben.

Wenden wir uns nun im einzelnen den Ergebnissen der AIB-Leserumfrage zu.

Zur Person und den Informationsquellen des AIB-Lesers

Das Alter von 75% der Fragebogenbeantworter liegt zwischen 20 und 30 Jahren; 10% sind jünger, 15% älter. Dieser hohe Anteil der jüngeren Generation an unserer Leserschaft spiegelt im Grunde die enorme Bedeutung der Jugend und Studenten in der antimperialistischen Bewegung unseres Landes wider. Des weiteren ergibt sich zur Person der AIB-Leser, daß von denen, die ihren Fragebogen einschickten, lediglich 20% Frauen waren. Weit gefächert ist das berufliche Spektrum der AIB-Leser. Die größten Gruppen bilden Studenten und Angestellte/Beamte, gefolgt von Arbeitern und Schülern.

Bei den Informationsquellen zeigt sich, daß unsere Leser offenbar sehr genau und vielseitig informiert sein wollen. Das läßt sich sowohl an der bemerkenswert hohen Anzahl der Informationsquellen als auch an deren verschiedenartigem Charakter und Standort erkennen:

An Tageszeitungen werden am häufigsten die Frankfurter Rundschau, Unsere Zeit und die Frankfurter Allgemeine Zeitung regelmäßig gelesen. Bei den Wochenzeitschriften liegt die Deutsche Volkszeitung in Front vor dem Spiegel, dem Stern, der Tat und dem Vorwärts. Stark vertreten sind neben dem zweimal wöchentlich erscheinenden Berliner Extradienst sowie den Monatsjournalen Konkret und links auch die Jugend- und Studentenmagazine frontal, Rote Blätter und elan. Unter den in größeren Abständen erscheinenden Periodika rangieren die Blätter für deutsche und internationale Politik vor den Marxistischen Blättern auf dem ersten Platz. Auffallend hoch ist un-

ter den AIB-Lesern ferner die regelmäßige Lektüre von gewerkschaftlichen Publikationen.

Politisches und gewerkschaftliches Engagement

Mehr als zwei Drittel der an der Umfrage Beteiligten gehören studentischen, kirchlichen und Organisationen der Arbeiterjugend oder amnesty international, etwa die gleiche Anzahl Parteien (SPD, DKP, SEW und FDP) an. In Solidaritätskomitees zu Chile, Vietnam, dem Südlichen Afrika etc. arbeiten ein Drittel der Fragebogenbeantworter mit. Gewerkschaftlich organisiert sind 60%.

Dieser hohe Organisationsgrad drängt die Schlußfolgerung auf, daß das AIB von vielen, die sich in der antimperialistischen Bewegung engagieren bzw. zum großen Teil selbst in Solidaritätskomitees aktiv sind, für ihre Arbeit ständig genutzt wird.

Wir fühlen uns von daher verpflichtet, auch in Zukunft gerade für die Solidaritätsbewegung wichtige und orientierende Dokumente und Artikel zu veröffentlichen.

Abonnentenzuwachs und Aufmachung

Innerhalb der gesamten 5 Jahre seines Bestehens konnte das AIB 1973 den bedeutendsten Zuwachs an neuen Lesern und 1974/75 an neuen Abonnenten verbuchen. Bestimmende Momente für diese Entwicklung dürften insbesondere der immense Aufschwung der Vietnam-Solidarität um die Jahreswende 1972/73, die Formierung der Chile-Solidaritätsbewegung seit September 1973 sowie die merkliche Veränderung der Aufmachung des AIB 1973/74 gewesen sein. Hinzu kommt der außerordentliche Erfolg unseres Chile-Referates vom November-Dezember 1973, dessen Verkaufsziffern (rund 10.000 Exemplare) sich nahezu auf das Dreifache der regulären AIB-Ausgaben beliefen. Der Anstieg an neuen Abonnenten lag 1975 bereits im ersten Halbjahr höher als für das gesamte Jahr 1973.

Die Mehrzahl unserer Leser, nämlich 55%, kam mit dem AIB erstmalig über politische Freunde in Kontakt, 40% über Buchhandlungen, Bücher-tische und Werbematerialien.

Pro Exemplar findet jedes AIB 2 Leser. Wir schließen daraus, daß unser fester Leserkreis künftig noch stärker angeregt werden sollte, aktiv im Freundes- und Bekanntenkreis für das AIB zu werben. Dankbar sind wir dem Vorschlag eines Lesers, der sich bereit erklärte, das AIB in Jugendhäusern auszulegen.

In 75% der Zuschriften wurde die Beibehaltung des Umfangs des AIB bei einem gleichbleibenden Betrag von 15,- DM pro Jahresabonnement befürwortet.

Die Aufmachung des AIB halten 90% unserer Leser für "attraktiv". Wir verstehen dies als Ermunterung zur Fortsetzung unseres Bemühens um die weitere Erhöhung des gestalterischen Niveaus. Auch dem Wunsch unserer Leser nach einer bevorzugten Verwendung von Karten, Statistiken und Schaubildern kommen wir gerne nach.

Lediglich ein verschwindender Teil der Antwortenden spricht sich für mehr Text auf Kosten der Illustrationen aus.

Für gut und akzeptabel befanden schließlich 90% der Zuschriften den Stil bzw. die Sprache unserer Zeitschrift.

Aktualität und allgemeine Themen

Für eine Beibehaltung des 50:50 Verhältnisses von Dokumenten und Eigenbeiträgen entschieden sich 95% unserer antwortenden Leser. Sie äußerten dabei den Wunsch, die verschiedenen so-

zialen Kräfte und politischen Strömungen der "3. Welt" in die Dokumentierung miteinzubeziehen, die Auswahl der Dokumente mehr zu begründen und sie nach Möglichkeit zu erläutern bzw. zu kommentieren.

Unter Berücksichtigung unserer eingeschränkten technischen Möglichkeiten (14 Tage Zeitspanne zwischen Redaktionsschluß und Versand) bescheinigten drei Viertel unserer Leser dem AIB ein ausreichendes Maß an Aktualität.

Nahezu einhellig plädierten unsere Leser für die kontinuierliche Behandlung allgemeiner Themen. Die meisten Interessenten fanden die beiden Themenkomplexe Imperialismus-Neokolonialismus (BRD-Neokolonialismus, Entwicklungshilfepolitik und US-Globalstrategie) einerseits und die antiimperialistische Gegenbewegung (Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Arbeiterbewegung und Entwicklungsländer allgemein) andererseits.

Auch die Themen Internationale Organisationen und Erdöl-Rohstoffe stießen auf ein beachtliches Interesse, wohingegen die Frauenbewegung wenig gefragt ist. Die AIB-Redaktion möchte dennoch auch künftig nicht darauf verzichten, die Frauenbewegung in der "3. Welt" stärker ins Bewußtsein unserer Leser und einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken.

Aus weiteren Themenvorschlägen unserer Leser geht ein spezielles Bedürfnis an Informationen über die Unterschiede in der Entwicklungspolitik der sozialistischen und kapitalistischen Industriestaaten hervor.

Auf der Wunschliste zur besonderen Berücksichtigung bestimmter Regionen und Länder stehen einmal Lateinamerika und Südliches Afrika, zum anderen Chile, Vietnam, Angola und Indien ganz oben.

Der überwältigende Teil der Zuschriften schätzt die AIB-Kurzinformationen sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch ihrer Länge nach positiv ein.

Anregungen und Werbemaßnahmen

Eine knappe Mehrheit der Antwortenden sprach sich dagegen aus, künftig im AIB auch Aktionsbeispiele der Solidaritätsbewegung in der BRD und Westberlin zu bringen, da sie Informationen hierzu in anderen Publikationen nachlesen können.

Die vielfältigen und phantasievollen Vorschläge zur Intensivierung der AIB-Werbung nehmen wir gerne entgegen, enthalten sie doch Möglichkeiten und Hinweise, die von uns bislang nicht oder noch unzureichend zur Werbung genutzt wurden: So z.B. das Erstellen eines AIB-Plakates, in dem das jeweils aktuelle Titelblatt eingefügt werden kann; das Anbieten von Werbegeschenken für die Gewinnung neuer AIB-Abonnenten; schließlich die Anregung, das AIB offensiv bei antiimperialistischen Veranstaltungen über daran beteiligte Personen, Komitees, Organisationen bzw. Büchertische zu vertreiben. Wir verbinden das Aufgreifen dieses Vorschlages mit der Bitte an unsere Leser, uns bei der Realisierung der AIB-Werbemaßnahmen zu unterstützen.

Da fast jeder Fragebogenbeantworter von der Möglichkeit Gebrauch machte, weitere Anregungen für die Arbeit des AIB zu geben, können hier nur einige der zahlreichen Anmerkungen erwähnt werden: Häufig wünschten sich die Leser mehr und genauere Literaturangaben zu bestimmten von uns behandelten Themen, eine stärkere Berücksichtigung kultureller bzw. kulturpolitischer Fragen, ein jährliches Sach- und Stichwortregister sowie mehr Hefte mit Schwerpunktthemen.

Allgemeine Folgerungen aus der Fragebogenaktion

Wie die Auswertung der Fragebogenaktion zeigt, ist das AIB, das in der Mehrzahl von politisch aktiven Lesern bezogen wird, in der antiim-

perialistischen Solidaritätsbewegung der BRD verankert. Das bedeutet zugleich, daß das AIB seine Bemühungen verstärken sollte und wird, den hohen Anforderungen durch die kontinuierliche Wiedergabe der für die Solidaritätsbewegung wichtigsten Dokumente und Materialien gerecht zu werden.

Um so größer war unsere Freude, daß unter den Lesern in Berücksichtigung unserer begrenzten technischen Möglichkeiten eine breite Zustimmung hinsichtlich des Inhalts und der Gestaltung des AIB zu verzeichnen ist. Auch die gerade in letzter Zeit - trotz der durch die Krise beschleunigten Erhöhung der Lebenshaltungskosten - zunehmende Zahl unserer Abonnenten werten wir als einen Beweis dafür, daß sich das AIB auf dem richtigen Weg befindet.

Ferner wollen wir weiterhin versuchen, die Aufmachung des AIB zu verbessern und den Wünschen unserer Leser nach bestimmten Themen Rechnung zu tragen.

Daher schenken wir dem großen Interesse der Leser an allgemeinen Schwerpunktthemen - hier sind besonders der BRD-Neokolonialismus, der Nichtkapitalistische Entwicklungsweg und die Arbeiterbewegung in der "3. Welt" zu nennen - besondere Aufmerksamkeit. Auch die in erster Linie genannten Regionen Lateinamerika und das Südliche Afrika sowie die Länder Chile, Angola oder Vietnam, die zugleich Schwerpunkte der Solidaritätsbewegung in der BRD sind, werden wie bisher einen hohen Stellenwert im AIB einnehmen.

Entsprechend den Wünschen der Leser beabsichtigen wir, auch künftig zu bestimmten Brennpunkten des antiimperialistischen Kampfes Sonderbroschüren zu erstellen, so wie dies schon zum Kolonialkrieg Portugals, zu Chile und jetzt zum Iran geschehen ist.

Unter Berücksichtigung des breiten Spektrums politischer Ansichten und Meinungen unter unseren Lesern sehen wir eine wichtige Aufgabe darin, Stellungnahmen und Dokumente verschiedener antiimperialistischer Strömungen, die sich am Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung der "3. Welt" beteiligen, in noch stärkerem Maße als bisher vorzustellen. Dazu gehören Veröffentlichungen von bzw. zu den entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Kräften in Asien, Afrika und Lateinamerika wie in der BRD.

In diesem Sinne wollen wir versuchen, die Vorschläge der Leser aufzugreifen und die Fragebogenaktion zu nutzen, um einen noch wirksameren Beitrag zum Kampf gegen den Imperialismus und zur Forcierung der internationalistischen Solidarität in unserem Lande zu leisten.

Die Situation in Angola hat sich in den letzten Wochen weiter zugunsten der einzig authentischen Befreiungsbewegung des angolischen Volkes, der MPLA, verändert. Heute hat die MPLA 12 Provinzen befreit. Lediglich die Nordprovinzen Uige und Zaire und die beiden Zentralprovinzen Bié und Huambo werden von der FNLA bzw. der UNITA beherrscht, deren Truppen sich durch besondere Grausamkeiten gegenüber der Bevölkerung auszeichnen. Wie die Zeitschrift Stern in Erfahrung brachte, haben diese beiden proimperialistischen Organisationen zur Entfesselung eines Bürgerkrieges ausländische Söldner angeworben: "Bei der FNLA sollen es 600 sein, bei der UNITA über 1.000. Das Monatsgehalt der weißen Söldner liegt angeblich bei 15.000 Mark." Gestützt auf die militärischen Siege, geht die MPLA trotz aller Schwierigkeiten daran, das Leben in den von ihr kontrollierten Gebieten durch die Errichtung von Organen der *poder popular* (Volksmacht) zu normalisieren. Selbstverteidigungskomitees übernehmen den Schutz der Bevölkerung und Volkskomitees versuchen die komplizierten Aufgaben der Versorgung, der Produktion, des Transports und des Gesundheits- und Schulwesens zu bewältigen.

Während der 12. Ratstagung der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) vom 17. - 19. September 1975 in Moskau war es der Delegation des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) möglich, mit dem Vertreter der MPLA das nachstehende Interview aufzunehmen. Pascal Luvualu, der Mitglied der Internationalen Kommission und Mitglied des Zentralkomitees der MPLA ist, zeichnet in seinen Ausführungen u.a. die Entwicklung der militärischen und politischen Kämpfe in den letzten Monaten nach. Er macht deutlich, in wessen Diensten heute Organisationen wie FNLA und UNITA stehen und beantwortet bislang ungeklärte Fragen, die die nächsten

Interview mit Pascal Luvualu, MPLA

Angolas schwerer Weg in die Unabhängigkeit

Frage: Genosse Pascal Luvualu, Sie kommen unmittelbar aus Luanda, der Hauptstadt Angolas. Wie ist die gegenwärtige Lage in Angola?

Antwort: Zur Zeit erleben wir in Angola eine Konfrontation zwischen den Kräften der Revolution und den Kräften der Reaktion. Hinzu kommt das Problem der Unabhängigkeit Angolas. Wegen seiner Reichtümer und seiner geographisch-strategischen Lage haben viele imperialistische Mächte und Monopole, die Investitionen in Angola besitzen, eine Situation heraufbeschworen, die darin besteht, daß sie dem angolischen Volk ein neokoloniales Regime aufzwingen wollen, um ihre Interessen zu bewahren. Dazu bedienen sie sich gewisser Grup-

Schritte Angolas zur Unabhängigkeit unmittelbar berühren.

Unser zweiter Beitrag dokumentiert die Positionen und den Einfluß des internationalen Kapitals in dem an Naturschätzen so reichen Angola (vgl. Karte), was erklärlich macht, warum Konzerngiganten wie Krupp oder Gulf Oil mit allen Mitteln versuchen, den Entkolonialisierungsprozeß in Angola zu stoppen und die MPLA zu zerschlagen. Denn die MPLA hat die internationalen Konzerne nie im Unklaren über ihre Zukunft in einem freien und unabhängigen Angola gelassen (vgl. Neto-Interview, in: AIB Nr.9/1975).

Gegen die Pläne der imperialistischen Mächte ist es notwendig, das Volk von Angola und seine Befreiungsbewegung MPLA vorbehaltlos zu unterstützen, wie es in einem Aufruf des ASK vom Oktober d.J. heißt:

"Alle Anstrengungen der imperialistischen Kräfte sind daher gegenwärtig darauf gerichtet, die legitime Vertretung des angolischen Volkes, seine Befreiungsbewegung MPLA zu isolieren und physisch zu vernichten. Diesem Ziel dienen auch die Aktivitäten der vom Ausland gesteuerten, proimperialistischen Organisationen FNLA und UNITA. Angesichts der für das angolische Volk schwierigen Lage bekräftigt das ASK seine uneingeschränkte Solidarität mit den Kämpfern der MPLA und ruft zu ihrer politischen und materiellen Unterstützung auf. Wir rufen die antiimperialistische Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland auf, wachsam zu sein und allen Machenschaften imperialistischer Kräfte unseres Landes gegen das Volk von Angola mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Angola braucht unsere Solidarität, damit es in Frieden und wahrer Unabhängigkeit seine Zukunft selbst bestimmen kann."



pen, wie etwa der FNLA, um einen verbissenen Krieg gegen die MPLA zu führen, um die MPLA zu liquidieren und mit Gewalt die Macht zu erobern. Die FNLA hat von Anfang an, seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit den Portugiesen, eine Armee unterstützt, die von Zaire gekommen ist, um Angola zu überfallen: Sie hat strategische Positionen z.B. in der



Von FNLA-Söldnern Ermordeter (links); MPLA-Mitglieder an einem der zahlreichen Massengräber in Caxito, nordöstlich von Luanda (rechts).

Hauptstadt Luanda und anderen Zentren des Landes besetzt, und sie begann, Überfälle auf aktive Mitglieder der MPLA zu verüben, Verhaftungen vorzunehmen, zu foltern und einzukerkern, zu morden, um dann, im März 1975, zum allgemeinen bewaffneten Angriff auf unsere militärischen Stützpunkte wie auf unsere Büros in den meisten angolanischen Städten überzugehen. Erst im Mai d.J. hat die politische Führung, das Politbüro der MPLA, angesichts der Quälereien und Provokationen, vor allem aber infolge des allgemeinen, bewaffneten Angriffs auf die MPLA, den Entschluß gefaßt, auf die Provokationen der FNLA zu antworten. Die Lage verschlechterte sich immer mehr. Das Wesentliche in dieser Situation ist jedoch, daß die Imperialisten, die großen imperialistischen Mächte und die monopolistischen Gesellschaften, die die FNLA unterstützen, den Prozeß der Entkolonialisierung Angolas aufhalten wollen, um damit die Erreichung der Unabhängigkeit des Landes zu verhindern, indem sie einen Bürgerkrieg gegen die MPLA entfesselten. Aber das Gegenteil ist eingetreten, die FNLA, die mit einer militärischen Überlegenheit von 15.000 Mann und unterstützt von den Streitkräften Zaires operierte, wurde von den militärischen Kräften der MPLA in den Städten in Schach gehalten und schließlich besiegt. Die FNLA suchte sich daraufhin einen Verbündeten, um die Kräfte der MPLA zu teilen und sie zu schwächen. Sie fand als Verbündeten die UNITA, die ihrerseits der MPLA den Krieg erklärte. Aber trotz alledem haben wir fast alle Kräfte der UNITA schlagen können - nur noch in 2 Provinzen befinden sich UNITA-Einheiten, in 2 anderen Provinzen Einheiten

von Holden Robertos FNLA. Die 12 anderen angolanischen Provinzen sind völlig befreit und werden von der MPLA kontrolliert. Dies ist die Situation in Angola heute.

Frage: Im Januar 1975 haben MPLA, FNLA und UNITA in Alvor/Portugal, im Juli dieses Jahres in Nakuru/Kenia Abkommen unterzeichnet, in denen sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigten. Warum ging die MPLA diese Abkommen ein?

Antwort: Vor den Verhandlungen mit den Portugiesen bestand für uns das Problem, nicht zu wissen, ob die MPLA die Unabhängigkeit allein würde aushandeln können oder nicht. Von allen Seiten wurde Druck auf die MPLA ausgeübt, um sie davon abzuhalten, allein die Unabhängigkeit auszuhandeln, obwohl die MPLA die größte Bewegung in Angola ist und sie allein den nationalen Befreiungskampf geführt hat. Schon zu jenem Zeitpunkt begann man von einem Bürgerkrieg zu sprechen, der, falls die MPLA allein verhandeln würde, von Zaire aus geführt würde, das heißt von der FNLA mit Unterstützung der Regierung Zaires.

Angesichts dieser alarmierenden Situation war es notwendig, daß die MPLA Konzessionen mit diesen Gruppen einging. So ging die MPLA mit der UNITA in Kinshasa einen Vertrag über bilaterale Zusammenarbeit ein; daraufhin schloß die UNITA einen Kooperationsvertrag mit der FNLA und in Mombasa schloß die MPLA einen Vertrag mit der FNLA, um eine Atmosphäre der Verständigung, der Einheit zu schaffen, die es erst möglich machte, eine gemeinsame Plattform für die Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung zu diskutieren. Wenn ich sage, daß wir bereit waren, mit der portugiesischen Regierung zu diskutieren, dann nur

Die Position der internationalen Konzerne in Angola

Angola hat unter allen afrikanischen Kolonien Portugals die größten Naturreichtümer. Am 19. August 1974 berichtete „Der Spiegel“ (BRD) über ein Gespräch, das einer seiner Reporter mit dem Generalsekretär der portugiesischen Sozialistischen Partei, Außenminister Mario Soares, hatte. Der Reporter fragte: „Wirtschaftlich gesehen ist der Verlust von Guinea-Bissau und Mozambique zweifellos eine Erleichterung für Portugal. Angola jedoch hat mit seinen Diamanten, seinem Erdöl und seinem Kaffee-Export Portugal dringend benötigte Devisen eingebracht. Kann Portugal sich den Luxus erlauben, diese Devisenquelle zu verlieren?“ Soares antwortete darauf: „All diese Einkünfte haben ja nicht die Kosten des Krieges wettgemacht. Wir haben rund zwei Milliarden Mark pro Jahr in den Krieg gesteckt. Was wir einsparen, wenn der Krieg beendet ist, gleicht voll auf den Verlust der Deviseneinnahmen aus, die ja ohnehin zum größeren Teil in die Taschen der Amerikaner, der Deutschen, der Engländer geflossen sind.“

Wie stark in der Tat der Einfluß ausländischer Monopole gerade in Angola ist, zeigen folgende Fakten:

Der entscheidende Wirtschaftssektor Angolas ist noch immer die Landwirtschaft. Hier sind 85 Prozent aller Berufstätigen beschäftigt, zumeist in Großplantagen wie z. B. in der des BRD-Plantagenbesitzers Georg von Opel oder in den BRD-Gesellschaften, die große Sisalpflanzungen und Viehfarmen besitzen.

► Die Kaffeeproduktion (Angola steht hinter Brasilien, Kolumbien und der Elfenbeinküste an 4. Stelle der größten Kaffeeproduzenten der Welt) wird zu 80 Prozent von der durch die französische Bank Rallet & Compagnie finanzierten Companhia Angolana de Agricultura kontrolliert. 1973 erreichte die Kaffeeproduktion 200 000 t für knapp 500 Mill. DM.

► Die Baumwollproduktion (1973 = 80 000 t) steht zu 40 Prozent unter der

Kontrolle der belgischen Société Générale de Belgique.

► Die Sisalherstellung (1973 = 75 000 t) liegt fast ausschließlich in den Händen von Monopolen der BRD und Großbritannien.

In Angola beginnt sich jedoch das Schwergewicht immer mehr von der Landwirtschaft auf die Bergbauindustrie zu verlagern. Eine bedeutende Rolle spielen die Diamanten-, Eisen- und Erdölgewinnung, die allein 22 Prozent aller Exporte ausmachen. Auch die Bergbauindustrie Angolas wird von den großen internationalen Monopolen beherrscht.

► Die Diamantengewinnung (wertmäßig rund 65 Prozent der Produktion der gesamten Bergbauindustrie), die sich auf 70 Minen erstreckt, von denen 40 im Einflußgebiet des Chicapflusses im Nordosten des Landes liegen, ist seit 1912 in den Händen eines internationalen Kartells, der PEMA, die 1917 zur Diamang (Companhia de Diamantes de Angola) umgebildet wurde. 40 Prozent des Kapitals dieser Gesellschaft werden über die Firma De Beers Consolidated Mines Ltd., Johannesburg, von der südafrikanischen Anglo American Corporation kontrolliert. Weitere 44 Prozent des Kapitals der Diamang werden von einer Gruppe belgischer und US-amerikanischer Gesellschaften gestellt, zu denen u. a. die Société Générale de Belgique und das Morgan-Bankhaus gehören. Die restlichen 5 bzw. 11 Prozent befinden sich in portugiesischem Besitz bzw. im Besitz der angolanschen Administration, die dementsprechend auch nur den geringsten Anteil an den Riesenprofiten (2 bis 3 Mill. Pfund Sterling pro Jahr) haben. Die Diamang, die ihr Recht auf Diamantengewinnung auf 81 Prozent des Territoriums Angolas ausdehnen konnte, ist faktisch, da sie sich auf ihre eigene Gesetzgebung und auf eine eigene, von ihr ausgehaltene Söldnerarmee stützt, ein Staat im Staate. Außer der Diamang sind neuerdings auch die USA-Unternehmen Diversa Incorporated und Ostdiam sowie die süd-

afrikanischen Dinaco-Werke an der Gewinnung der berühmten angolanschen Diamanten beteiligt. Jährlich werden insgesamt über 2,5 Mill. Karat Diamanten gewonnen (Verkaufswert rund 27 Mill. Pfund Sterling).

► Die Eisenerzvorkommen, die in Angola bisher nachgewiesen werden konnten, sind beträchtlich: 70 Mill. t im Gebiet von Huambo, über 120 Mill. t in Cassinga. Die Gewinnung von Eisenerz stieg von 638 000 t im Jahre 1963 auf 6,16 Mill. t im Jahre 1971. Die Ausplünderung der Eisenerzvorkommen hat sich vor allem zu einer Domäne der BRD-Monopole entwickelt. So werden z. B. die überaus reichen Vorkommen von Cassinga von einem Konsortium unter Führung des Krupp-Konzerns unter Teilnahme der südafrikanischen Union Corporation, der Industrial Development Association, der British Steel Corp. und der französischen Usinor et Solmer gemeinsam mit Banken der BRD, Dänemarks, Österreichs und der USA, zumeist unter dem Deckmantel der portugiesischen Gesellschaft Mineira do Lobito, ausgebeutet.

Im Gebiet von Cacula-Quipungo soll eine Eisenerzmine von der japanischen Gesellschaft Japan's C. Itoh & Co. in Zusammenarbeit mit der Companhia de Manganos de Angola erschlossen werden. Das Projekt wird voll von der Itoh finanziert.

In Luanda und Lissabon werden zwei Walzwerke von der Siderurgia Nacional und einem der größten portugiesischen Konzerne, der Gruppe Champalimand, geleiht und finanziert. Hauptabnehmer des angolanschen Eisenerzes ist neben den kapitalistischen Staaten Europas in letzter Zeit vor allem auch Japan.

Die Firma Krupp erwarb übrigens 1960 für 43,3 Mill. USA-Dollar das Recht zur Ausbeutung aller Bodenschätze in Angola, ausgenommen Diamanten, Erdöl, Kohlenwasserstoff- und Bitumenprodukte, und hat außerdem das Monopol auf Transport, beispielsweise der Eisen-

neut gezwungen, nach Kenia zurückzukommen, um ein weiteres Abkommen zu unterzeichnen, das Abkommen von Nakuru.

Aber auch dieses Abkommen hat die FNLA gebrochen durch einen Angriff auf drei Dörfer und zwar alleine aufgrund der Tatsache, daß unter der Bevölkerung dieser drei Dörfer zahlreiche aktive Mitglieder der MPLA waren. Sehen Sie, das war wieder eine Verletzung des soeben unterzeichneten Abkommens. Und die militärische Umzingelung unserer Positionen, die Angriffe auf unsere Stellungen, das Eröffnen des Feuers auf Trauerzüge für Mitglieder der MPLA, dies alles sind Maßnahmen der Unterdrückung von seiten der FNLA gegen die MPLA, die bereits Zeugnisse der Verletzung des Abkommens von Nakuru waren. Und die Unsicherheit in der Hauptstadt, der Terror ge-



gen die Bevölkerung, gegen die aktiven Mitglieder der MPLA, die Mordanschläge – das alles hat uns dazu bewogen, die Truppen der FNLA aus der Hauptstadt zu entfernen. Daraufhin zogen FNLA und UNITA, die in der Regierung auch Sabotage betrieben hatten (vor allem die FNLA-Elemente) ihre Minister aus

bahn in Südanqola.

► Besonders stark ist das Interesse ausländischer Monopole an den reichen Erdölvorkommen Angolas. Die Erdölproduktion betrug 1973 insgesamt 9 Mill. t. Davon wurden 2,5 Mill. t im Inneren Angolas und 6,5 Mill. t im Schelfgebiet von Cabinda, einer 7200 km² großen, von der Volksrepublik Kongo und Zaire eingeschlossenen Enklave, gewonnen. Im Seegebiet von Ambriz, etwa 100 km nördlich der Hauptstadt Luanda, versuchen die französische Gesellschaft Total und die portugiesische Angol an Land und auf dem Meeresgrund weitere Erdölvorkommen zu erschließen.

In den Küstengebieten von Cabinda hat bisher die USA-Gesellschaft Cabinda Gulf Oil (125 Mill. Dollar Investitionen), eine Tochtergesellschaft der United States Gulf Oil Company, die alleinigen Schürfkonzessionen. Die Ölförderung in diesem Gebiet wurde 1967 aufgenommen. Für 1974 wird hier die Jahresproduktion auf 10 bis 15 Mill. t geschätzt. „A Capital“, Lissabon, berichtete am 24. Mai 1974, Cabinda, das „neue Kuwait“, sei so reich an Erdöl, „daß die Gulf damit rechnet, 1978 aus den Bohrstellen, die ihr gehören und die sich innerhalb eines Radius von 100 Seemeilen vor der Küste befinden, eine Jahresproduktion von etwa 65 Mill. t Rohöl zu erzielen“, die sich am Ende dieses Jahrzehnts sogar auf 100 bis 150 Mill. t steigern soll. Die Zeitung verweist in diesem Zusammenhang auf eine Geheimstudie des USA-Futurologen Professor Kahn, die den größten USA-Erdöl-Gesellschaften übermittelt worden sei. Inzwischen werden weitere Erdölprospektierungen von der Anglo-Pétrangol-Exaco-Gruppe, der Mobil Oil und der Compagnie Française des Pétroles finanziert. Ein südafrikanisches Konsortium unter Führung der General Mining, die Ansa Petroleum, hat 25 Prozent der Anteile der Ölkonzessionen an Petrangol. Im Hinterland Angolas hat sich vor allem Brasilien umfangreiche Schürfrechte gesichert. All diese großen Erdölgesellschaften sind natürlich nach wie

der Übergangsregierung zurück. Sie sind es also, die das Abkommen von Alvor verletzt haben, und nicht die MPLA, denn die MPLA blieb dem Abkommen von Alvor verbunden.

Frage: Sieht die MPLA nach den Ereignissen der letzten Monate noch eine Chance, zu einer Übereinkunft mit den anderen politischen Kräften in Angola zu kommen?

Antwort: Die faschistischen Aktionen, die die FNLA gegen das angolesische Volk unternimmt, ihr Bestreben, die MPLA zu liquidieren und die Macht mit Gewalt zu erobern - diese Verbrechen, die unser Volk niemals vergessen wird, geben uns keinerlei Möglichkeit mehr, mit der FNLA zu einer Übereinkunft zu kommen.

Frage: Daniel Chipenda befindet sich heute in den Reihen der FNLA. Wie beurteilt die MPLA im nachhinein seine Rolle?



vor außerordentlich daran interessiert, ihre enormen Profitmöglichkeiten auch weiterhin zu erhalten. Die Cabinda Gulf Oil Corporation hatte sich zu diesem Zweck bereits während des Befreiungskampfes zum Schutz ihrer Interessen in Cabinda ein eigenes Armeekorps geschaffen, das faktisch den Kampf der portugiesischen Kolonialtruppen gegen die Bewegung zur Befreiung Angolas unterstützte.

Das von der Gulf Oil in Cabinda geförderte, etwas schwefelhaltige Rohöl wird zum größten Teil in die USA und nach Kanada exportiert, aber auch nach Brasilien, Dänemark und in die Niederlande. Für die NATO und das Pentagon hat das Rohöl aus Cabinda strategische Bedeutung.

Portugal selbst erhielt nur ein Zehntel des in Angola geförderten Rohöls, mit dem es 11,2 Prozent seines eigenen Bedarfs decken konnte. Es war daher gezwungen, Erdöl aus dem Nahen Osten zu importieren.

► Für die Uranförderung im Süden Angolas hat die britische Gesellschaft Rio Tinto Zinc die Konzessionen.

► Die Johannesburg Consolidated Investment Company schloß mit der portugiesischen Companhia Mineira do Lobito S.A.R.L. und mit der Verwaltung von Angola im Juni 1973 einen Vertrag

zur Gründung einer **Prospektierungsgesellschaft**. An den neuen Unternehmen Companhia Mineira Kunene ist die südafrikanische Gesellschaft mit 51 Prozent beteiligt. Das Unternehmen erhielt die Konzession, in einem Gebiet von 27 000 km² im südlichen Angola entlang dem Ufer des Kunene nach Mineralien zu suchen. Es hat das Schürfrecht für alle Mineralien mit Ausnahme von Diamanten, Rohöl und Erdgas. Die technische Ausrüstung in Betrieb gesetzter Minen wird von der Johannesburg Consolidated Investment Company übernommen.

Der **dritte** Wirtschaftssektor Angolas, die **Industrie**, beschränkt sich fast ausschließlich auf die Verarbeitung der Produkte des Grundstoffsektors, 6 Prozent der Berufstätigen sind in ihr beschäftigt. An der Industrie Angolas ist in starkem Maße Kapital der Schweiz (Nestlé), Italiens (Carlo), der USA (Coca Cola), der BRD (Sinalco) und der Südafrikanischen Republik (Anglo Africa Oxygen) beteiligt.

Im **Handel und Verkehrswesen** sind 6 Prozent aller Berufstätigen beschäftigt. Hier ist weitgehend britisches, nordamerikanisches, westdeutsches, französisches und japanisches Kapital angelegt worden. An erster Stelle der Länder, die nach Angola exportieren, stehen die USA, die Republik Südafrika, Brasilien und die EWG-Länder. Die Hauptausfuhr Angolas geht nach Portugal, in die USA, die Niederlande und die BRD. Großen Einfluß auf das Verkehrswesen haben die Britische Tanganjika Concessions, das Hamburger Transportunternehmen U. J. Jensen & Co. und Krupp.

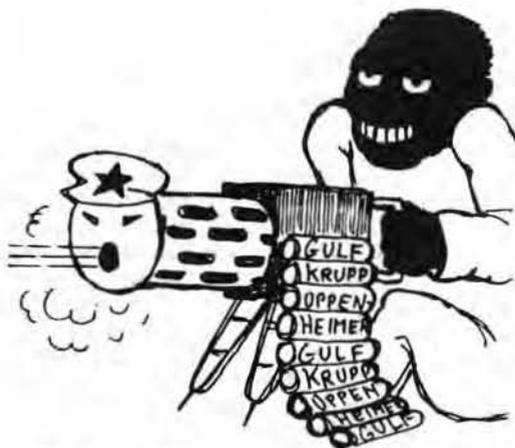
Im **Bank- und Kreditwesen** spielt neben der lokalen Banco de Crédito Commercial et Industrial vor allem die Standard-Bank, die über Johannesburg die Interessen des internationalen Finanzkapitals vertritt, eine Rolle. In jüngster Zeit errichten auch brasilianische Banken in den großen Städten des Landes Filialen.

(Quelle: **horizont** Nr. 47/1974)

Antwort: Für uns ist Chipenda ein Agent des Imperialismus. Er ist aus unserer Bewegung verjagt worden, und er hat sich der Gruppe des Imperialismus angeschlossen. Für uns ist Chipenda nicht mehr von Interesse.

Frage: Die Volksrepublik China unterstützt die FNLA durch Militärgüter und chinesische Ausbilder trainieren FNLA-Truppen in Zaire. Welche Haltung nimmt die MPLA dazu ein?

Antwort: Die MPLA hat dazu keine öffentliche Erklärung abgegeben, aber das hindert uns nicht daran, unsere Meinung zu sagen. Die MPLA hatte eine Delegation in die VR China geschickt, um mit den chinesischen Verantwortlichen darüber zu sprechen, welche Gefahren mit dieser Hilfe verbunden sind, die sie Gruppen leistet, die die Interessen der Monopole in Angola unterstützen. Und die VR China



China und Konzerne gegen die MPLA
(aus: Berliner Extradienst)

hatte uns versprochen, daß sie Neutralität bewahren würde bezüglich des angolanischen Problems. Aber zu unserer Überraschung hat die VR China nicht Wort gehalten. Sie fährt fort, diesen Gruppen Hilfe zu leisten. Da für uns die VR China ein sozialistisches und revolutionäres Land ist, kann unser Volk eine solche Haltung nur bedauern.

Frage: Kürzlich war in der Presse zu lesen, daß Invasionstruppen aus der Republik Südafrika in die südlichen Landesteile Angolas eingedrungen sind. Gibt es dazu nähere Informationen?

Wie hoch schätzt die MPLA die Gefahren einer militärischen Invasion seitens Südafrikas, Zaires oder der USA in Angola ein?

Antwort: Natürlich besteht die Gefahr. Aber zunächst einmal: Die südafrikanischen Truppen hätten einen Einfall nach Angola nicht unternehmen können, wenn sie sich nicht mit den Gruppen abgestimmt hätten, von denen wir soeben gesprochen haben: mit der FNLA und der UNITA. Im Juni d.J. hielt sich ein Sonderbeauftragter, nämlich Daniel Chipenda, in Südafrika und Namibia auf, um Söldner zu rekrutieren. Die Invasion südafrikanischer Söldner in Südangola geht auf Übereinkünfte zwischen der südafrikanischen Regierung und der FNLA zurück. Die Ausrede, die benutzt wurde, man komme, um die Talsperren zu verteidigen, war ein Täuschungsmanöver. Die Aktion hatte die Okkupation Südangolas zum Ziel, um die MPLA zur Zersplitterung ihrer Kräfte zu zwingen und sie noch weiter zu schwächen. Denn wenn das südafrikanische Argument richtig gewesen wäre, so verstehen wir nicht, warum sie so weit gegangen sind, die Stadt Vila Pereira de Eça zu zerstören, die weit von den Sperrmauern entfernt liegt, nämlich 60 km.

In Zaire und auch in Namibia gibt es sehr viele Söldner: südafrikanische, portugiesische, d.h. von Spinola angeworbene Söldner, die nach Zaire geschickt werden, um in der Armee der FNLA zu dienen. Die FNLA-Truppen werden von Offizieren aus Zaire geführt und

ein gut Teil der Soldaten sind Zairer, tunesische Söldner, und auch afro-amerikanische Söldner, die für die Truppen Holden Robertos angeworben wurden. Dies alles ist für unser Land eine große Gefahr, aber die MPLA ist stark durch die Unterstützung des ganzen angolanischen Volkes. Wir dürfen die Gefahr nicht unterschätzen, aber wir sind entschlossen, gegen die Söldner und die innere und äußere Reaktion zu kämpfen, um unserem Volk die wirkliche Unabhängigkeit zu sichern, die seinen Bedürfnissen und seinen Interessen entspricht.

Frage: Der Bürgerkrieg in Angola fordert ohne Zweifel große Opfer insbesondere von der Zivilbevölkerung. Wie sieht zur Zeit die wirtschaftliche Lage aus, welches sind die Hauptschwierigkeiten?

Antwort: Jeder Krieg bringt stets wirtschaftliche Schwierigkeiten dem Volk, das ihn führt und das Opfer dieses Krieges ist. Bei uns ist eine Lähmung der Wirtschaft zu verzeichnen, es gibt Sabotage usw. Und dann noch die massive Abwanderung der Portugiesen. Aber die MPLA hat die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die alten Strukturen, die existieren, zu erhalten; und sie hat Komitees geschaffen, die die Wirtschaft wieder ins Gleis bringen werden. Natürlich fehlt es nicht an Schwierigkeiten und deshalb haben wir und werden wir internationale Hilfe nötig haben.

Frage: Wie sieht gegenwärtig das Verhältnis zwischen der MPLA bzw. ihren bewaffneten Befreiungstreitkräften und den portugiesischen Truppen, die noch immer im Lande stehen, aus?

Antwort: Die Situation ist, wie Sie wissen, sehr kompliziert; Portugal selbst durchläuft eine sehr schwierige Phase. Die Militärs, sei es in Angola, sei es in Portugal, sind mehr oder weniger gespalten in politische Richtungen und nicht in der Lage, uns eine wünschenswerte Unterstützung zu geben. Jedenfalls ist es nicht unser Wunsch, die portugiesischen Truppen in Angola zu halten. Wir befürworten es, daß sie sich aus Angola schnellstens zurückziehen.

Frage: Laut dem Abkommen von Alvor sollen am 11. November 1975 in Angola Wahlen stattfinden. Wie steht die MPLA zu diesem Vorhaben?

Antwort: In voller Respektierung des Abkommens von Alvor war die MPLA immer der Meinung, daß die Wahlen der einzige demokratische Weg seien, die Macht in Angola zu erringen. Aber die tatsächliche Situation, wie sie von der FNLA geschaffen worden ist, also der Bürgerkrieg, erlaubt es gegenwärtig nicht, Wahlen zu organisieren. Daher wird die Unabhängigkeit ohne Wahlen erreicht werden können. Und wenn der günstige Zeitpunkt da sein wird, werden wir Wahlen organisieren.

Zur gleichen Zeit, da das Pinochet-Regime in Chile 100 Geheimverfahren gegen führende Repräsentanten der Unidad Popular, darunter der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Luis Corvalan, eröffnete, zur gleichen Zeit, da die weltweite Isolierung der Junta immer spürbarer wird und da ihr auf der XXX. UNO-Vollversammlung eine erneute scharfe Verurteilung bevorsteht, greifen Bundesregierung, Bundeswehrführung und westdeutsche Großkonzerne dem faschistischen Chile durch eine skandalöse Ausweitung ihrer Stützungsmaßnahmen vermehrt unter die Arme.

Nach anfänglichen Dementies mußte Verteidigungsminister Leber schließlich eingestehen, daß die Ausbildung chilenischer Stabsoffiziere in den Bundeswehrhochschulen Hildesheim, Hamburg Blankenese und Altona/Oberbayern stattfindet und - wie er gleichzeitig betonte - auch in Zukunft stattfinden werde.

Wie weiterhin bekannt wurde, fanden Ende August 1975 Geheimtreffen hoher Bundeswehr-offiziere mit chilenischen Militärs in Osterode und Hildesheim statt, wo - nach Aussagen von Bundeswehrsoldaten - die Juntaoffiziere ein auffälliges Interesse für den Schützenpanzer "Marder" an den Tag legten.

Die Ausbildung chilenischer Folterknechte und die Ausweitung der militärpolitischen Zusammenarbeit Bonns mit der Junta steht in untrennbarem Zusammenhang mit stetigen Bemühungen bundesdeutscher Politiker und Massenmedien, das verabscheuungswürdige Pinochet-Regime salonfähig zu machen und ihm ökonomisch wieder auf die Beine zu helfen. In welches wirtschaftliche Chaos die chilenische Junta das Land gestürzt hat und welche katastrophale Notlage der Faschismus dem chilenischen Volk innerhalb der letzten 2 Jahre bescherte, das zeigt die wirtschaftliche Bilanz von J. Jeljutin in der sowjetischen Zeitschrift "Meshdunarodnaja Shisn", die wir im Wortlaut wiedergeben.

Wie sehr die derzeit verstärkten Bemühungen Bonns den aktuellen Bestrebungen der Junta entgegenkommen, geht aus einem geheimen Rundschreiben des Generaldirektors des chilenischen Außenministeriums, Javier Illanes Fer-



randes, hervor, in dem es u.a. heißt: "Die Bedeutung, die Beziehungen zu diesem Lande (der BRD) zu verbessern, ist für uns von vitalem Interesse. Einerseits wegen der traditionellen Bedeutung (der BRD) in kommerzieller und finanzieller Hinsicht und ihrem Einfluß auf die EG, andererseits wegen der Notwendigkeit zu positiven Abkommen betreffs Sistung der Schulden an das Ausland zu kommen." (zit. nach: Solidarität - SKAAL, Nr.3/September 1975)

Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Staaten wie Großbritannien, Holland oder Schweden bereitet die Bonner Regierung in diesen Tagen eine Vereinbarung mit dem Pinochet-Regime über weitere Stundungen der chilenischen Schulden in Höhe von 70 Mio DM vor. Diese finanzielle Stützungsaktion Bonns wird noch ergänzt durch die Gewährung eines 10 Mio Dollar Kredites der Deutschen Bank an die staatliche chilenische Kupfergesellschaft Codelco-Chile.

In einem Interview der tat mit Carlos Parra, dem internationalen Sekretär der Radikalen Partei Chiles und Exekutivsekretär der Unidad Popular, das wir im folgenden leicht gekürzt wiedergeben, betont C.Parra die große Bedeutung einer klaren Ablehnung der Umschuldungsverhandlungen durch die Schuldnerländer und der sofortigen Einstellung jeder Unterstützung der Junta durch Bonn für den Kampf des chilenischen Widerstandes.

Interview mit Carlos Parra, Exekutivsekretär der Unidad Popular Einheit im Kampf — Garant für den Sieg

(...)

„die tat“: Sie sind Sekretär der Unidad Popular. Diese hat in diesen Tagen in Berlin eine Tagung abgehalten. Haben sich dabei neue Aspekte für den gemeinsamen Kampf der Unidad Popular ergeben?

Carlos Parra: Die Ergebnisse der Berliner Zusammenkunft waren in höchstem Grade positiv. Es war die erste Zusammenkunft auf der Ebene der Parteien der Unidad Popular mit Repräsentanten, die volle Vollmachten von den jeweiligen Parteileitungen im Innern des Landes hatten. Es war darüber hinaus eine Bestandsaufnahme der bisherigen Politik der Unidad Popular, die bekräftigt in einem Dokument, aus dieser Zusammenkunft hervorging.

„die tat“: Auf welcher politischen Basis arbeiten so unterschiedliche Parteien wie die MAPU, die Radikale Partei, die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und die Neue Linke der Christdemokratischen Partei zusammen? Und weiter: Welche politischen oder gesellschaftlichen Zustände wollen Sie bei einem Sieg über die Junta in Chile herstellen?

Carlos Parra: Die Zusammenkunft der Parteien der Unidad Popular betrachten wir als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer antifaschistischen Front in Chile. Bei der Gründung des Bündnisses der Unidad Popular im Jahre 1969 hat man sich auf ein bestimmtes gemeinsames Programm geeinigt. Das bedeutete nicht, daß die eine oder andere Partei von ihren ideologischen

oder politischen Auffassungen Abstriche machte, sondern man einigte sich auf ein gemeinsames Programm. Der Geist dieses Bündnisses wirkt fort in der Übereinkunft der Parteien der Unidad Popular, die nun in Berlin getroffen wurde; dort wurde eine gemeinsame Plattform gefunden, die zunächst die Verteidigung der Rechte des Volkes als einen ersten Schritt auf dem Weg zum Sturz der Diktatur zum Inhalt hat.

Nun haben die Parteien der Unidad Popular einen Aufruf zur Bildung einer antifaschistischen Front erlassen, der über die Unidad Popular hinaus auch die Partei der Christ-Demokraten und die Bewegung der MIR einschließen soll. Wir wissen, daß wir in der nächsten Zeit alle Schritte unternehmen müssen, um einen

ständigen Dialog einzuleiten mit diesen politischen Kräften, der es uns dann ermöglicht, die antifaschistische Front zu bilden. Nur ist es natürlich notwendig, daß alle Partner dieser antifaschistischen Front darin übereinstimmen, daß der Hauptfeind unseres Volkes in Chile die faschistische Junta ist.

Diese Alternative für eine Gesellschaft nach dem Sturz der Junta wird natürlich nicht nur entstehen auf der Basis der Unidad Popular oder auch nicht auf der Basis der Christdemokratischen Partei, sondern auf einer sehr viel breiteren, die große Mehrheit des Volkes umfassenden Massenbasis. Die Verantwortung der politischen Kräfte in Chile besteht darin, zu zeigen, daß sie in der Lage sind, eine ernsthafte Alternative zu der gegenwärtigen Politik aufzustellen und aufzubauen.

„die tat“: Wie äußert sich nach Ihrem Wissen heute der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Junta der Pinochet und Leigh.

Carlos Parra: Der Widerstand in Chile ist bereits heute eine überaus dynamische Kraft. Die überaus starke Unterdrückung wie auch die große wirtschaftliche Misere, in die die Junta das chilenische Volk geschleudert hat, provoziert sowohl den organisierten als auch den spontanen Widerstand der arbeitenden Menschen in den verschiedensten Bereichen der Produktion. So benutzen die Arbeiter und die politischen Organisationen nicht nur sämtliche ihnen verbliebenen legalen Möglichkeiten, ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Es hat sich vielmehr daneben eine große illegale Aktivität sowohl der politischen Parteien als auch der Einheitszentrale der chilenischen Werktätigen, der CUT, entfaltet. Es zirkulieren Zeitungen, es werden Flugblätter verteilt. Selbst Radiosendungen illegaler Sender wurden aufgenommen. Es gibt Wandinschriften, die angebracht werden, der Protest wird verbal zum Ausdruck gebracht. Es hat auch eine große Zahl von Streikaktionen gegeben, von denen nicht wenige brutal durch die Militärs unterdrückt worden sind. Zugleich versucht die Junta angesichts der großen Unzufriedenheit, die im Lande ist, verschiedene kosmetische Operationen in einzelnen Betrieben durchzuführen, um einen Ausbruch der Unzufriedenheit vorzuzukommen; aber das rettet sie natürlich nicht vor dem totalen Scheitern ihrer reaktionären und repressiven Wirtschaftspolitik, die nach wie vor die Arbeiter stark trifft. Einige Beispiele für Streikaktionen, die durchgeführt wurden, sind bei FENSA, in der Reifenfabrik INSA, bei Productos Claudio, bei Yaror Textiles, alle im Raum von Santiago.

„die tat“: Wer hat eigentlich außer Herrn Pinochet den Nutzen

von der Unterdrückung in Chile?

Carlos Parra: Nutzen aus der Unterdrückung des chilenischen Volkes zieht in erster Linie das Monopolkapital. So profitiert es von dem massenhaften Einkauf kleiner und mittlerer Betriebe. Die Situation ist folgende, daß eine große Zahl der kleinen und mittleren Unternehmer die Junta und den Putsch unterstützt und begrüßt haben, heute aber bankrott gehen und auf diese Weise dem Monopolkapital ermöglichen, ihre Fabriken sozusagen ein Gros unter dem Preis aufzukaufen. Darüber hinaus können die Monopole zu sehr geringen Kosten öffentliche Betriebe in die Hände bekommen, und zwar nicht nur solche, die reprivatisiert werden, nachdem in ihnen große staatliche Gelder investiert wurden, sondern selbst solche Betriebe, die von Anfang an staatliche Betriebe waren.

„die tat“: Welche Hilfe benötigt die antifaschistische Widerstandsbewegung gerade aus der Bundesrepublik?

Carlos Parra: Die Widerstandsbewegung in Chile braucht vor allen Dingen ein noch vollständigeres, ein noch klareres Verständnis innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik für die wahre Situation im Lande und eine entschiedenere Haltung der demokratischen Parteien in der Unterstützung der Widerstandsbewegung. Die Bundesrepublik hat sehr viel geleistet bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus unserem Lande. Darüber hinaus erhoffen und erwarten wir doch eine noch entschiedenere Haltung der Bundesrepublik im Hinblick auf eine direkte Unterstützung des antifaschistischen Widerstandes, insbesondere auch in der bevorstehenden 30. Vollversammlung der Vereinten Nationen.

Als Teil der chilenischen Widerstandsbewegung sind wir nicht nur gegen jede Umschuldungsverhandlung mit der Diktatur, sondern wir sind auch dafür, Chile zu zwingen, seine Verpflichtungen, die es gegenüber anderen Staaten hat, einzulösen. Denn jede Umschuldung bedeutet eine finanzielle Erleichterung für die Junta. Die Erfahrung zeigt, daß diese sie nicht für Verbesserungen der Situation des Volkes einsetzt, sondern z. B. für Waffenkäufe. Wir erwarten von den europäischen Ländern, insbesondere von solchen, die sozialistische oder sozialdemokratische Regierungen haben, daß sie in dieser Frage eine klare Haltung gegenüber der Junta einnehmen.

„die tat“: Gegenwärtig ist in der Bundesrepublik der Fall des Obersten Kraushaar bekannt geworden. Was denkt das chilenische Volk, was denkt die chilenische Widerstandsbewegung über die Ausbildung von Junta-Offizieren durch die Bundeswehr?

Carlos Parra: Die Ausbildung

von chilenischen Offizieren in der Bundeswehr muß im Zusammenhang analysiert werden mit der überaus großen Neuanschaffung von Waffen, die in den letzten zwei Jahren von der Junta getätigt wurde. Die chilenische Armee hat eine große Zahl von Offizieren in den Vereinigten Staaten in der Anti-Guerrilla-Taktik ausbilden lassen. Viele der dort erlernten Methoden und Mittel wurden in Chile bereits angewandt.

Ihr Minister Leber hat davon gesprochen, daß er auch portugiesische Offiziere gerne in der Bundeswehr gesehen habe, da sie hier ja einiges an Demokratie haben lernen können. Nun: Ohne in das Thema einzutreten, ob die Bundeswehr eine Schule der Demokratie ist oder nicht, sind wir der Meinung, daß die konstitutionellen, verfassungstreu Offiziere der chilenischen Armee nie eine Ausbildung im Ausland benötigt haben. Wir sehen das Beispiel der Offiziere, die in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurden und die schließlich den Putsch in Chile gemacht haben.

„die tat“: Was kann man von hier aus tun, um die bedrohten chilenischen Demokraten in diesen Ländern zu schützen, um sie herauszuholen, um ihnen die ständig über ihrem Haupt hängende Bedrohung für Leben und Gesundheit zu nehmen?

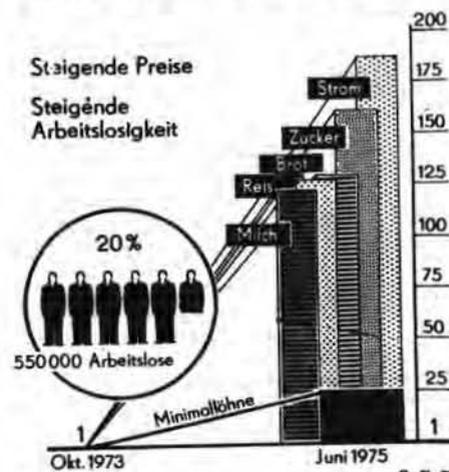
Carlos Parra: Ich kann diese Frage nur in einer allgemeinen Form beantworten. Die konkrete Hilfe ist die Unterstützung all unserer Anstrengungen, um die Junta zu stürzen, denn nur wenn die Junta gestürzt ist, wird es auch keine Konzentrationslager mehr geben. Denn solange der Faschismus anhält, werden die noch Freien die Gefangenen von morgen sein.

„die tat“: Würden Sie mit einem Wort das Schlüsselproblem des antifaschistischen Kampfes in Ihrer Heimat umschreiben?

Carlos Parra: Das ist die Einheit im Kampf. Sie bringt die Einheit im Sieg.

(Quelle: die tat, 20.9.1975)

Unter faschistischer Militärjunta



Jewgeni Jeljutin

Der Ausverkauf der chilenischen Wirtschaft – eine Zweijahresbilanz

Die militärfaschistische Junta, die am 11. September 1973 die Regierung der Unidad Popular stürzte und die Macht an sich riß, hat mit Versprechungen, die chilenische Wirtschaft aufblühen zu lassen und das Lebensniveau zu heben, nicht gespart.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen, und die Pinochetclique hat – statt ihre Versprechungen zu verwirklichen – das Land in ein wirtschaftliches Chaos gestürzt.

Zu den grausamen Repressalien, die schwer auf dem Volk lasten, kamen in der Geschichte des Landes noch nie dagewesene Inflationsraten (1974: 600 Prozent; 1. Halbjahr 1975: 340 Prozent – horizont), eine rapide sinkende Kaufkraft der Bevölkerung, die Ruinierung kleiner und mittlerer Unternehmen, ein gewaltiger Anstieg der Arbeitslosenzahl, Hunger und Elend für Millionen chilenischer Werktätiger hinzu.

Die Junta und ihre ausländischen Beschützer stellten sich die vorrangige Aufgabe, in Chile für das ausländische und einheimische Privatkapital so profitable Bedingungen zu schaffen, wie es sie nicht einmal unter der christlich-demokratischen Regierung von Eduardo Frei (1964 bis 1970 – horizont) gegeben hatte. Dazu mußte die Junta nicht nur all das beseitigen, was die Volksregierung in der Wirtschaft in drei Jahren erreicht hatte, sondern auch die sozialen Ermengenschaften, die der Ausbeutung der Werktätigen und folglich den Gewinnen bestimmte Grenzen gesetzt hatten.

Liquidierung des staatlichen Sektors

Nach dem Eingeständnis der chilenischen Gesellschaft für Industrielle Entwicklung (CORFO) wurden bis Anfang dieses Jahres von 400 Industrie- und Handelsbetrieben, die von der Regierung Allende verstaatlicht worden waren, 220 ihren früheren Besitzern zurückgegeben.

Das staatliche Erdölmonopol bestand seit 1939. Doch die Junta hat das Gesetz über die Erkundung und Erschließung von Erdölvorkommen durchlöchert, um ausländischen Gesellschaften die Möglichkeit zu geben, in die Erdölindustrie einzudringen.

USA-Monopole faßten erneut Fuß

Die amerikanischen Gesellschaften International Telephone and Telegraph (ITT), Dow Chemical, Texaco, Xerox und andere kehrten nach Chile zurück. 1974 zahlte die Junta an amerikanische Gesellschaften rund 500 Mill. Dollar als Entschädigung für die 1971 durchgeführte Verstaatlichung ihrer Betriebe. Und das ungeachtet dessen, daß die in Chile tätigen ausländischen Gesellschaften vor dem Machtantritt der Regierung der Unidad Popular dem Lande Hunderte Millionen Dollar schuldig geblieben waren. Allein an die ITT, die sich aktiv an der Vorbereitung des Putsches beteiligt

hatte, zahlte die Junta 125 Mill. Dollar und an die Kupfergesellschaften Anaconda und Kennecott mehr als 300 Mill. Dollar. Außerdem wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, ihr Kapital in unbeschränkter Höhe in den Kupferbergwerken anzulegen. Das bedeutet, daß sie das Kupfer, den wirtschaftlichen Hauptreichtum Chiles, abermals unter ihre Kontrolle nehmen.

Bank- und Kreditssystem wieder privat

Das Bank- und Kreditssystem wurde wieder dem Privatkapital überlassen. Die chilenischen Finanzmagnaten kehrten aus dem Ausland zurück und wurden von der Junta gastfreundlich aufgenommen. Die wichtigsten Zügel zur Leitung der Wirtschaft und der Finanzen wurden in die Hände der Oligarchie gelegt. Einer ihrer Vertreter ist Jorge Cauas, den die Junta zum Finanzminister ernannte. Nachdem Cauas die Columbia-Universität in New York absolviert hatte, wurde er unter der Regierung Frei Vizepräsident der Zentralbank Chiles. Ferner leitete er eines der größten Kupferbergwerke, El Teniente.

Während der Präsidentschaft Allendes war der ins Land fließende Dollarstrom fast versiegt. Aber die Pinochetclique erhielt allein im ersten Halbjahr ihrer Regierung von ausländischen Finanzorganisationen, wie der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) rund 1,6 Mrd. Dollar, davon 545 Mill. Dollar für den Import von Nahrungsmitteln, Erdöl und anderen Waren. Hierzu kommen noch Anleihen und Kredite von Privatbanken der USA, Japans, Frankreichs und Brasiliens. Selbstverständlich wurde das alles mit neuen Zugeständnissen an das ausländische Kapital bezahlt. So gewährte die Zentralbank Chiles den ausländischen Monopolen Vergünstigungen bei der Ausfuhr von Kapital und Gewinnen. Am 11. Juli 1974 unterzeichnete Pinochet das „Statut über ausländische Investitionen (Dekret Nr. 600)“, das den ausländischen Gesellschaften alle Garantien für Investitionen und die unbegrenzte Ausfuhr von Gewinnen aus dem Lande sicherte.

Diese Maßnahme der Junta rief starke Proteste im Andenpakt hervor, dem auch Chile angehört. Sie verletzt nämlich eine tragende Bestimmung dieses Paktes, der zufolge binnen 10 bis 15 Jahren 51 Prozent der Aktien der ausländischen Gesellschaften, die in den Ländern des Andenpaktes tätig sind, auf die nationale Wirtschaft übergehen müssen. Diese Bestimmung verbietet ferner die Tätigkeit ausländischer Gesellschaften in bestimmten Wirtschaftsbereichen und begrenzt die Höhe der Gewinne, die sie aus dem Lande ausführen dürfen, auf 14 Prozent.

Die Junta trennte sich auch von anderen wichtigen Errungenschaften der Wirtschafts-

und Finanzpolitik der Unidad Popular. Sie liquidierte das System des Zollprotektionismus und hob das differenzierte System der Wechselkurse auf.

Verfall der Währung

Vor dem faschistischen Putsch schwankte der Wechselkurs bei der Bezahlung von Importwaren von 25 Escudo für 1 Dollar bei Lebensmitteln und Erdöl bis 200 Escudo für 1 Dollar bei Luxusgegenständen.

Der Wechselkurs für Exportwaren war so festgelegt, daß er die Ausfuhr von Landwirtschafts- und Industriewaren förderte. Die Wirtschaftsberater der Junta behaupteten, ein solches System der Wechselkurse sei die Hauptursache für das Haushaltsdefizit und habe die Bedingungen der Preisbildung sowie das Verhältnis zwischen Binnen- und Außenhandelspreisen entstellt. Im Oktober 1973 legte die Junta für die Bezahlung aller Import- und Exportwaren (mit Ausnahme des Kupfers) eine einheitliche Währungsparität von 280 Escudo für 1 Dollar fest. Sie begann mit einer systematischen Abwertung des Escudo, die nach ihren „Berechnungen“ eine der Grundlagen einer „gesunden Wirtschaft“ werden sollte. Das führte zur Verringerung des Reallohnes der Werktätigen und wirkte sich negativ auf die kleinen und mittleren Unternehmen aus.

Die mehrmaligen Abwertungen des Escudo (der Wechselkurs von 280 Escudo für 1 Dollar im Oktober 1973 verschlechterte sich auf 4000 Escudo für 1 Dollar Ende Juli 1975) bei gleichzeitiger „Freiheit der Preise“ beschleunigten die Inflation. So stiegen die Großhandelspreise für importierte Nahrungsmittel um mehr als 1000 Prozent. Nach stärker wurden die Einzelhandelspreise erhöht.

Außenhandelsdefizit verdreifacht sich

Nach einer Meldung der argentinischen Zeitung „Informe Economico Latinoamericano“ betrug das Defizit der Außenhandelsbilanz Chiles 1974 334 Mill. Dollar. Es wird erwartet, daß es in diesem Jahr 1 Mrd. Dollar erreicht. Die Auslandsschulden des Landes übersteigen 5 Mrd. Dollar. Allein in diesem Jahr muß Chile 310 Mill. Dollar zurückzahlen.

Große Hoffnungen setzte die Junta auf den sogenannten Pariser Klub, der aus 14 kapitalistischen Staaten besteht und der im März einen Aufschub für die Tilgung der Auslandsschulden Chiles erörtern sollte. Diese Sitzung fand nicht statt.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung in der Welt, die wegen der groben Verletzung der Menschenrechte die Einstellung jeglicher Hilfe und aller Handelsbeziehungen mit der Junta fordert, weigerten sich Belgien, Dänemark, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen und Schweden, daran teilzunehmen.

(Quelle: horizont Nr. 40/1975.)

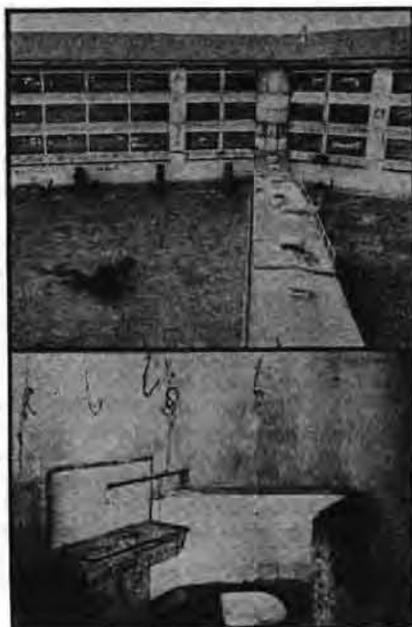
Reisereportage von Peter Jacob Die „Racheengel“ von Saigon

Tu Do bedeutet Freiheit. Es war der verlogenste Name, den man sich ausdenken konnte, für die halbe Meile süßen Lebens der amerikanischen GI's zwischen dem Hotel "Majestic" und der katholischen Kathedrale, für jene Straße in Saigon, die durch Graham Greenes Roman "Der stille Amerikaner" mit ihrem früheren Namen Rue Catinat in die Weltliteratur eingegangen ist. Aber im Saigon des korrupten Thieu-Regimes war die Lüge Gesetz und die Wahrheit saß in Tigerkäfigen. Eine Brücke erhielt den Namen Cong Ly, Brücke der Gerechtigkeit. Sie führte zum Gefängnis Chi Hoa, in dem 10 000 Patrioten zusammengepfercht waren, von denen heute viele nicht mehr leben. Marionettenpräsident Thieu titulierte seine Residenz, in der er die amerikanische Südostasienpolitik lediglich mit vietnamesischen Etiketten versah, mit dreister Anmaßung Unabhängigkeitspalast.

Die Normalisierung des Lebens in Saigon hat auch das in Ordnung gebracht: Die Häftlinge aus Chi Hoa sind über die Brücke der Gerechtigkeit zu ihren Familien und an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Sie gehören heute zu den aktivsten Kräften beim Aufbau einer Ordnung in Südvietnam, die wirklich gerecht sein wird. Im ehemaligen Präsidentenpalast residiert das Militärische Verwaltungskomitee der Befreiungstreitkräfte und sichert die nationale

Leidensstätte Chi Hoa:

Bis zu 10 000 Menschen pferchte das Thieu-Regime in das Gefängnis Chi Hoa. Unter anderem wurde hier mit ungelöschtem Kalk gefoltert wie in den Tigerkäfigen der berüchtigten KZ-Insel Con Dao. 80 bis 90 Gefangene in der 10 X 3,50 m kleinen Zelle 19 im Block C hatten nur diese Toilettenecke zur gemeinsamen Benutzung (unten). Ihre Wäsche mußten sie sich an Haken aus Stacheldraht trocknen.



Das Alltagsleben pulsiert in der Straße Phu Tho des 11. Stadtbezirkes von Saigon. Mitglieder von Selbstschutzeinheiten wirken bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung mit

Unabhängigkeit, von der erst die Rede sein kann, seit das Thieu-Regime nicht mehr existiert. Seit dem 30. April 1975.

Der 30. April 1975

Seit dem 30. April sind die Könige der Tu-Do-Straße verschwunden. Zusammen mit ihren besten Kunden. Bordelleigner, Rauschgifthändler, Devisenschieber, korrupte Staatsbeamte, Polizeioffiziere, Geheimdienstleute und ihre amerikanischen "Berater" haben sich in alle westlichen Winde zerstreut. Saigon ist nicht mehr das große Vergnügungs- und Dienstleistungszentrum, zu dem die einstige "Perle des Fernen Ostens" von der amerikanischen Kriegsmaschine herabgewürdigt worden war. Neugierige Schulmädchen kommen auf ihren Fahrrädern in die Tu-Do-Straße gefahren. Sie sind gekleidet in weiße Ao Dais - lange weite Hosen und einen Überwurf, der bis zu den Hüften geschlitzt ist. In den Bars, deren Jalousien jetzt heruntergelassen sind, waren vor wenigen Wochen noch mandeläugige Girls beschäftigt, die keine vietnamesische Nationaltracht trugen. Der Ao Dai war ungeeignet für den Striptease. Die Schulmädchen brauchen nicht mehr zu befürchten, in anrühige Gesellschaft zu geraten. Hinter dem Scherengitter von "Maxim's Nightclub" hat eine Selbstverteidigungsgruppe junger Arbeiter und Studenten Quartier bezogen.

Saigon wandelt sein Gesicht

Geblieden sind auf der Tu Do die kleinen Restaurantbesitzer, die Kunstgewerbehändler und Straßenschuster. Und die Schneider, die sich jetzt RSV-Fahnen nähen. Alles Leute, die um ehrliche Geschäfte nicht fürchten müssen. Zurück geblieben sind auch die Bettler und die anderen Opfer der Demoralisierung: die 22jährige Phan Thi Tuyet zum Beispiel, Mutter von drei Kindern, deren Mann aus der Söldnerarmee desertierte, in ein Straflager geschickt wurde und seither kein Lebenszeichen mehr gegeben hat. Sie fand keine andere Existenzchance als die Prostitution. Oder der 12jährige Nguyen Van Bay, der von einem Gangsterboß als Rauschgifthändler mißbraucht wurde und dabei selbst süchtig geworden ist, so daß er heute ausgezehrt ist wie ein Rachitiskranke.

Aber die Tu Do wandelt ihr Gesicht. Freiwillige Aufräumgruppen haben gute Arbeit geleistet. Mit den "Playboy"-Magazinen und Pornoheften aus den Bordells sind auch die Plakate mit den Durchhalteparolen Thieus von den Mauern auf den Müllhaufen gewandert. Dafür entdeckten wir neue Plakate. Sie kündigten eine Veranstaltung des größten vietnamesischen Lyrikers der Gegenwart an. To Huu, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams, stammt selbst aus dem Süden und hat in vielen Versen leidenschaftlich für die Befreiung des ganzen Landes gestritten.

Das größte Ballungsgebiet Südostasiens

Neun von zehn Saigonern freilich haben die berühmteste Straße ihrer Stadt noch nie betreten. Sie werden sich erst auf einer neuen Tu Do mit Kinos, Kulturklubs und Familienrestaurants zu Hause fühlen. Ihr Lebenskreis beschränkt sich bisher auf die überfüllten Vorstädte mit den komfortlosen kleinen Häusern: zu ebener Erde meist eine winzige Werkstatt und darüber kaum mehr als zwei Wohnräume für eine Großfamilie. Noch beängstigender ist die Fülle in den Slums entlang der Flußufer. Die Blechhütten stehen auf Pfählen. Darunter in Schlamm und Müll wühlen tags die Kinder und nachts die Ratten. Hier brütete das nackte Elend und mehrte sich, je länger die Amerikaner im Land waren.

Denn Saigon ist durch den Aggressionskrieg eine Monsterstadt geworden, das größte Ballungsgebiet in Südostasien. Niemand steuerte den Zustrom der Menschen vom Lande, die vor Napalm und Kugelbomben in die Stadt flohen, in der vagen Hoffnung zugleich, im großen Heer des Dienstleistungspersonals der US-Armee einen kleinen Posten zu finden. Und kein Mi-

nisterium der wechselnden Marionettenregimes machte sich Gedanken über die sozialen Konsequenzen.

So gibt es heute unter den gegenwärtig 3,6 Millionen Einwohnern Saigons nur 250 000 Industriearbeiter. Ihnen steht eine mindestens doppelt so große Zahl von Arbeitslosen gegenüber, die überdies weiter angeschwollen ist

Rudi Bergmann

Ho Chi Minhs Lachen oder das Lied vom Glück

Das Lachen hielt Einzug in Augen in Straßen
Verschaffte sich Zugang auf Plätzen jetzt endlich
Lachen heißt singen das Lied vom Glück des Friedens
Bringt Umarmung dem Nächsten und Fernsten
Unser Lachen war Begleiter der blattgrünen Panzer
Durch Wälder und stille Seen war Schild uns
Im Frühjahrsregen Tarnung und Schutz vor den Mördern
Wird sein von nun ab Baumeister von nützlichen Dingen
Nun können wir wieder freundlich sein zu uns selber
Gute Taten pflanzen in die Herzen der Menschen
So frei ist der Himmel
Wie wir wachsam bleiben Über Da Nang läuten die Glocken
Des Sieges Aus dem Norden kommend hielten wir mit Onkel Ho
Einzug in unser südliches Herz Saigon
Was die fremden Brüder und Schwestern uns taten
Geben wir gerne auf unsere Art zurück Gestärkt durch
Uns alle schützen wir ab sofort und ständig
Bald überall jeden Hauch Blumen der trägt in die Lüfte
Das selige Lachen der jungen nie enden wollen den Liebe

durch die ehemaligen Söldner. Geradezu grotesk aber ist folgender Vergleich: Auf einen Arbeiter kommen mehr als drei Händler.

Fortsetzung der Produktion

Es wird Zeit und Geduld brauchen, diese erbten Übel abzubauen. Eine große Überzeugungskampagne hat begonnen, die aus den Dörfern Gekommenen zur Rückkehr zu bewegen, damit sie das verstepte Land wieder urbar machen. Ein



Das größte Textilwerk Südvietnams in Da Nang wurde in die Hände des Volkes übergeben und wieder in Betrieb genommen

Huynh Van Tam

anderes Problem wird sich sogar zunächst noch verschärfen. Die einseitig orientierte Saigoner Leichtindustrie, die sich im wesentlichen auf Konsumgüterproduktion beschränkt hat, war zu 80 Prozent von Rohstoffimporten abhängig und, was die Energieträger betrifft, sogar zu 100 Prozent. Die Vorräte gehen zur Neige. Der Norden hilft, wo er kann. Eine endgültige Lösung ist aber erst von einer langwierigen Umstellung auf eigene Ressourcen zu erwarten.

Die Militärverwaltung hat die Betriebe geflohener Besitzer übernommen. Unternehmer, die geblieben sind und eine loyale Haltung zeigen, werden nicht enteignet. Im Gegenteil, sie werden ermutigt, die Produktion fortzusetzen. Wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden, gibt es sogar Kredite. Das gilt auch für die Kleinproduktion, die unter dem Druck billiger Importwaren zum Teil schon zu Grunde gegangen war. So fanden wir zum Beispiel in der neuen Tageszeitung "Befreites Saigon" die Nachricht, daß 40 beschäftigungslose Gerbereien ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten. Über stabile Preise wachen die revolutionären Volkskomitees in den Stadtbezirken.

"Racheengel von Saigon"

Eine große Illustrierte der BRD schreckte wenige Tage nach der Befreiung Südvietnams ihr sensationshungriges Publikum mit der Nachricht: "Wie rächende Engel schreiten die Vietcong durch Saigon."

Wir zitierten diesen Satz in einem Gespräch mit einem Mann, der in geradezu klassischer Weise das verkörpert, was die USA-Propaganda einen "Vietcong" nannte. Huynh Van Tam, 58 Jahre alt, verbirgt wie viele Vietnamesen hinter einem Lächeln das Leid und die Entbehrungen, die er auf sich genommen hat ("Was zählt

schon der einzelne in solch einer Zeit?"). Er ist seit 1940 Kommunist. In der Illegalität wechselte er mehrfach den Beruf. Er war Lehrer, Transportarbeiter, Chemiewerker. Er kämpfte in der Tet-Offensive 1968, entkam aus Gefängnishaft und reiste als Diplomat der Provisorischen Revolutionären Regierung nach Europa und Afrika.

"Wir reichen allen die Hand zur Versöhnung"

Am 30. April holte er als ortskundiger Führer die erste Panzergruppe der Befreiungsarmee in die Stadt. Während im Präsidentenpalast die Kapitulation vollzogen wurde, entrollte er draußen die blaurote Flagge mit dem goldenen Stern. Sie wurde auf der Zitadelle des Thieu-Regimes gehißt und ist zu einem geschichtlichen Symbol geworden wie die Siegesfahne, die der sowjetische Sergeant Kantarija fast genau 30 Jahre zuvor auf den Berliner Reichstag gepflanzt hat.

Wäre Huynh Van Tam in der Denkweise seiner Feinde befangen, hätte er genug Grund, als rächender Engel durch die Stadt zu ziehen. Verfolger hatte er im Übermaß. Seiner Frau, die all die Jahre wie er in Saigon lebte, konnte er nur im Hinterland begegnen, damit sie sich nicht durch eine Unvorsichtigkeit verriet. Seinen Sohn hat er zum erstenmal nach der Befreiung gesehen: als 21jährigen Medizinstudenten an der Universität Saigon. Der Krieg hatte sie fast zu Fremden gemacht.

In Saigon arbeitet Huynh Van Tam jetzt in führender Funktion beim Aufbau der neuen Einheitsgewerkschaft. Und Rachegefühle? Er lächelt wieder, und dies ist ein Lächeln, das nichts verbirgt, sondern eine große Selbstsicherheit ausstrahlt.

"Rache gegen wen? Gegen jeden, der uns Kurzsichtigkeit oder Zwang, oder ein paar schein-

barer persönlicher Vorteile willen auf der falschen Seite stand? Wir rächen uns doch nicht an unserem eigenen Volk. Der Imperialismus hat Zwietracht gesät, um unser Volk zu beherrschen. Wir reichen allen die Hand zur Versöhnung, auch den Parteigängern des alten Regimes. Sofern sie sich nicht persönlich des Verbrechens schuldig gemacht haben. Jeder ehemalige Söldner und jeder Thieu-Beamte, der sich registrieren läßt und loyal zur neuen Ordnung steht, wird seinen Platz im neuen Leben finden können. Auch in den neuen Massenorganisationen. Wir haben große Probleme zu lösen, und jeder, der zu helfen bereit ist, ist uns willkommen."

Das ist der konstruktive Geist der "Racheengel", zu der die Befreiungsbewegung ihre Kämpfer auch in den schwersten Zeiten des imperialistischen Terrors erzogen hat.

An das Illustriertenmagazin werden wir wieder erinnert, als wir Nguyen Duc Tuong treffen, geboren im August 1945, nach dem Sieg über die französischen Kolonialisten und die japanischen Aggressoren in der kurzen Zeit der Freiheit, die damals das ganze vietnamesische Volk genoß. Seine Familie ist vor sieben Jahren bei einer "Säuberungsaktion" im Mekongdelta ermordet worden. Nguyen Duc Tuong trägt eine Kalaschnikow-Maschinenpistole, grüne Uniform und steht im 11. Saigoner Stadtbezirk auf Posten bei der Reisverteilung. 300 000 arme Familien in dieser Stadt haben seit der Befreiung Anspruch auf 15 Kilo kostenlosen Reis im Monat. Nach Jahren der Arbeitslosigkeit ist das für viele die erste bescheidene soziale Sicherheit. Sie wird ihnen manchmal noch streitig gemacht: von ehemaligen Söldnern, die sich nicht haben registrieren lassen und untergetaucht sind. Wenn sie nicht gar in eine der alten nach amerikanischen Vorbildern organisierten Banden geraten sind, die sich im Nachkriegssaigon noch eine Galgenfrist für ein leichtes Leben ohne ehrliche Arbeit ausrechnen. Nguyen Duc Tuong hat darüber zu wachen, daß der Reis in die richtigen Hände gerät.

To Sangs Initiativen

Über einen dritten "rächenden Engel" haben wir noch zu berichten, und der ist weiblichen Geschlechts. To Sang, 32 Jahre alt, trägt keine Waffe, dafür Spuren von Folterungen aus dem Frauengefängnis Thu Duc. Sie hatte 1971 einen Streik in der Batteriefabrik Vien Dong organisiert. Erstmals in einem Frauenbetrieb. Das war besonders gefährlich.

Als das Thieu-Regime zusammenbrach, schlossen die sieben Besitzer den Betrieb. Sechs von ihnen setzten sich mit dem leitenden Personal

ins Ausland ab. Doch sobald Saigon befreit war, holte To Sang über 100 entlassene Arbeiterinnen zusammen, und binnen einer Woche konnte die Produktion wieder beginnen. Inzwischen bemüht sie sich um die Einführung von Wettbewerbsprinzipien wie im Norden. Die Umstände sind günstig: Als neuer Direktor ist ein Diplomökonom gekommen, der 1954 nach dem Norden gegangen war und eine Ausbildung in der DRV erhalten hat.

Die "Rache", die sie alle üben, besteht darin, daß sie das Rad der Geschichte ein Stück weiterdrehen helfen. In einer Stadt, deren Name so lange Symbol für Massenterror, Dollarkorruption und nationale Entwürdigung gewesen ist. Betroffen sind diejenigen, deren Spiel für alle Zeiten verloren ist. Auf der Tu-Do-Straße, im ehemaligen Präsidentenpalast der Ho-Chi-Minh-Stadt Saigon und überall in Vietnam.

Bauern korrigieren Buddha

Reisanbau in Südostasien ist Handarbeit. Noch immer. Der Reis braucht Pflege wie keine andere Getreidekultur der Welt. Aber auf den Reisfeldern Südvietnams fehlen schätzungsweise eine Million Arbeitskräfte. Zahllose Landbewohner sind in der Zeit des Aggressionskrieges in sogenannte strategische Dörfer und in die Städte getrieben worden. Die Felder und die Bewässerungssysteme verkamen. Es war eines der größten imperialistischen Verbrechen an den Wirtschafts- und Sozialstrukturen dieses Landes. Die Folgen werden erst in Jahren überwunden sein.

Sie sind eine kunterbunte Gesellschaft. Man sieht ihnen ihre Armut nicht auf den ersten Blick an. Männer von schmaler Statur haben sich für diesen Abend frische weiße Hemden angezogen, das einzige oft, das sie besitzen. Die Frauen mit den abgehärteten Gesichtern haben ihr Haar im Nacken verknotet, sorgfältig wie zu einer Festlichkeit. Ganz vorn auf den Holzbänken hocken junge Mädchen, brav wie in der Schule, mit Notizbüchern auf den Knien. Milde lächelt von einem alten Kalenderblatt an der Wand ein dicker Buddha auf die Szenerie herab.

Versammlung von Familienvertretern in der südvietnamesischen Küstenstadt Nha Trang, Hafenviertel Van Tanh. Gekommen sind Kleinhändler und Arbeitslose, ehemaliges Dienstleistungspersonal des USA-Stützpunktes Cam Ranh, Straßenhandwerker, Leute mit Gelegenheitsbeschäftigungen, solche, die bei Verwandten untergekommen sind, und solche, die nachts auf dem Straßenpflaster schlafen. Das Gedränge im Raum setzt sich jenseits der geöffneten Türen fort, soweit das Neonlicht auf die Stra-



Der Neubeginn auf dem Land erfordert
Improvisationstalent.
Holztransport auf dem Fahrrad

Be fällt. Die Enge entspricht der im ganzen Stadtviertel. Es ist durch den jahrelangen Zustrom der vom Krieg vertriebenen Landbevölkerung hoffnungslos überfüllt. Und Buddha, von dessen "vier edlen Wahrheiten" die erste heißt: "Alles Dasein ist Leiden", spendet keinen Trost. Denn Buddha lehrte, daß die Erlösung nur durch die Unterdrückung allen Begehrens zu erlangen sei.

Aber diese Leute haben Begehren, die sie nicht zu unterdrücken bereit sind: nach Obdach; nach Reis, nach Arbeit und nach ein wenig Glück in ihrem harten Leben. Und so richten sie ihre Blicke nicht auf den vergilbten Buddha, sondern auf das große kolorierte Bild an der Stirnseite des Raumes mit dem väterlichen, freundlichen Gesicht. Den Namen haben sie so oft gehört in den letzten zwanzig, dreißig Jahren, und manche nannten ihn unter Lebensgefahr. Jetzt zitieren sie gern einen Satz von ihm, den sie am meisten mögen: "Ist der Yankee geschlagen, bauen wir das Land zehnmal schöner als je." Das steht im Testament Ho Chi Minhs.

Zurück aufs Land

"Liebe Tanten und Onkel!" beginnt der Mann mit dem Handmikrofon. Sie kennen ihn alle. Es ist der Kraftfahrer Nguyen Duc Minh. Er stellt sich als Mitglied des Revolutionären Selbstverwaltungskomitee im Van-Thanh-Viertel vor. Beifall. Auch für seine respektvolle und zugleich familiäre Anrede, wie sie Amtspersonen früher im Umgang mit armen Leuten nie über die Lippen kam.

Nguyen Duc Minh sagt ihnen die ungeschminkte Wahrheit. Wunder soll keiner erwarten. In der Stadt gibt es nicht genug Industrie, nicht ge-

nug Arbeit, nicht genug Obdach, nicht genug Existenzchancen. Wer vom Lande gekommen ist, soll zurück. Auch wer ohne Arbeit ist, solle es sich überlegen. Auf den Dörfern fehlen viele Hände.

Die "Onkel und Tanten" hören skeptisch zu. "Wir wissen, daß es so nicht weitergeht in der Stadt", sagt Frau Tran Thi Trung, die vergeblich versucht hat, auf dem Fischmarkt Arbeit zu finden. "Aber unsere Dörfer sind vermint. Der Dünger, den die Amerikaner gebracht haben, war Gift. Wir können dort nicht mehr leben."

Es dauert die halbe Nacht, bis Nguyen Duc Minh genug Leute überzeugt hat, daß jetzt vor allem Selbsthilfe vonnöten ist. Unter denen, die sich melden, ist ein ehemaliger Bauer mit fünf Söhnen, der lange genug auf die Almosen seines Bruders, eines kleinen Garküchenbesitzers in der Stadt, angewiesen war. Sie werden mit ihm im versteppten Gebiet von Cu Chi ein neues Dorf bauen. Im Kollektiv. Reis liefert die revolutionäre Selbstverwaltung von Nha Trang. Bis sie aus dem Größten heraus sein werden.

Nur Staub und Steppe

300 Kilometer weiter nördlich dieses Versammlungsortes sehen wir dann die harte Wirklichkeit, die solche Rückkehrer und Neuansiedler erwartet. Zumindest zeitweilig scheint Buddha hier recht behalten zu haben. Hoa Lam war einst ein Reisbaudorf. Heute liegt es in staubiger Ebene, in der kaum noch ein Strauch gedeiht und die Erde geborsten ist vor Dürre. Die Aggressoren hatten die Bevölkerung verjagt, um sich im Vorfeld von Da Nang sogenannte Feuer-Frei-Zonen zu verschaffen. Die ersten Bomber kamen am 15. März 1965, zerstörten die Schule und töteten 45 Kinder. Als die Bauern die Opfer im Protestmarsch nach Da Nang trugen, bot man ihnen 5000 Piaster Schmerzensgeld pro Mord. Am 6. Februar 1969 wälzten Panzer die Häuser und Pagoden platt und rissen die Dämme der Reisfelder ein. Das zwang auch die letzten Bauern von Hoa Lam zur Flucht in die Stadt oder hinter den Stacheldraht und die Wachtürme eines "strategischen Dorfes". Die wenigsten Felder konnten in der kurzen Ausgangszeit von 8 bis 17 Uhr noch bestellt werden. Von dem Dorf Hoa Lam, das einmal 3800 Einwohner hatte, ist auch heute wieder noch nicht viel zu sehen. Es gibt nicht einmal genug Bambus, Reisstroh und feuchten Lehm, um auf traditionelle Weise neue Hütten zu bauen. Die Gemeindeverwaltung besteht aus einem einzigen Raum, dessen Wände aus allerlei Holzplatten zusammengenagelt sind. An einer hängt eine stattliche Reihe erbeuteter

Handfeuerwaffen, die der Selbstschutzgruppe gehören.

Was in der Stadt im Überfluß vorhanden ist, fehlt hier empfindlich: Arbeitskräfte. Erst einige hundert Bauern sind zurück. Viele sind tot, andere invalid. Der Boden hat schwer gelitten. Um nicht zu hungern, haben sie sich erst einmal Maniok angebaut, dessen Wurzelknollen gekocht oder geröstet werden, aber kein ausreichendes Nahrungsmittel sind. Die ersten, bescheidenen neuen Reisfelder werden im Oktober reifen. Aber es wird noch Jahre dauern, bis hier wieder das komplizierte Bewässerungssystem intakt ist und so viel produziert werden kann, daß ein Teil der Ernte verkauft werden kann. Erst dann wird ein wenig Wohlstand in die armseligen Hütten einziehen, werden Wasserpumpen angeschafft und wieder Wasserbüffel ernährt werden können.

Ein ehemaliger Söldner als Brigadier

Unweit von Hoa Lam stoßen wir auf einen anderen Versuch, die Wiederbelebung der Landwirtschaft zu beschleunigen. Wo die Gemeinde Dien Phuoc gestanden hat, schwingt ein halbes Hundert junger Männer aus der Stadt langstielige Hacken, während Mädchen Stacheldraht und anderen Kriegsschrott zusammentragen. Sie

kommen aus Da Nang, sind allesamt Arbeitslose und haben sich für drei Monate zum Landeinsatz verpflichtet. Sie haben eine tägliche Reiseration frei und bekommen ein Entgelt von 700 Piastern pro Tag, soviel wie ein Hafentarbeiter.

Der Älteste macht den Brigadier. Ho Van Ho, 37, Vater von fünf Kindern, war drei Tage vor der Befreiung Da Nangs als Funker der Söldnerarmee entlaufen. Eine Woche Umerziehungskurs nach seiner Registrierung hatte in ihm die Hoffnung keimen lassen, daß er in seinem Leben vielleicht doch noch eine gute Chance haben könnte. So meldete sich der Exsergeant aufs Land. Er fühlt sich jetzt besser als je zuvor: "Selbst wenn ich in Da Nang mit irgendwelchen Kleingeschäften das Doppelte wie früher verdienen könnte, will ich jetzt lieber ehrlich arbeiten." Sein Berufswunsch: Filmvorführer. Wenn auf den südvietnamesischen Dörfern einmal so etwas eingerichtet wird, möchte er seine ganze Familie aus der Stadt nachholen. So korrigiert auch er Buddha, wartet nicht in Entsagung auf ein Wunder und folgt auf seine Weise dem testamentarischen Optimismus Ho Chi Minhs.

(Quelle: Neue Berliner Illustrierte Nr. 37 und 38/1975)

Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer

Fritz Rische

Die neokoloniale Expansion der westdeutschen Konzerne und die Bonner Entwicklungspolitik (2. Teil)

Verlagerung arbeitsintensiver Fertigungen in die "Dritte Welt"

Zumeist werden, ich erwähnte es bereits, sehr arbeitsintensive Fertigungen in Auslandsbasen vorgenommen. Aber man kann nicht sagen, daß dies unbedingt ausschlaggebend ist. Die internationalen Konzerne errichten hochmoderne Anlagen vieler Branchen im Ausland, um unter Ausnutzung der billigen Arbeitskräfte und der nahen Rohstoffquellen den Absatz zu erhöhen und selbst im Re-Export Waren in die Bundesrepublik zu senden.

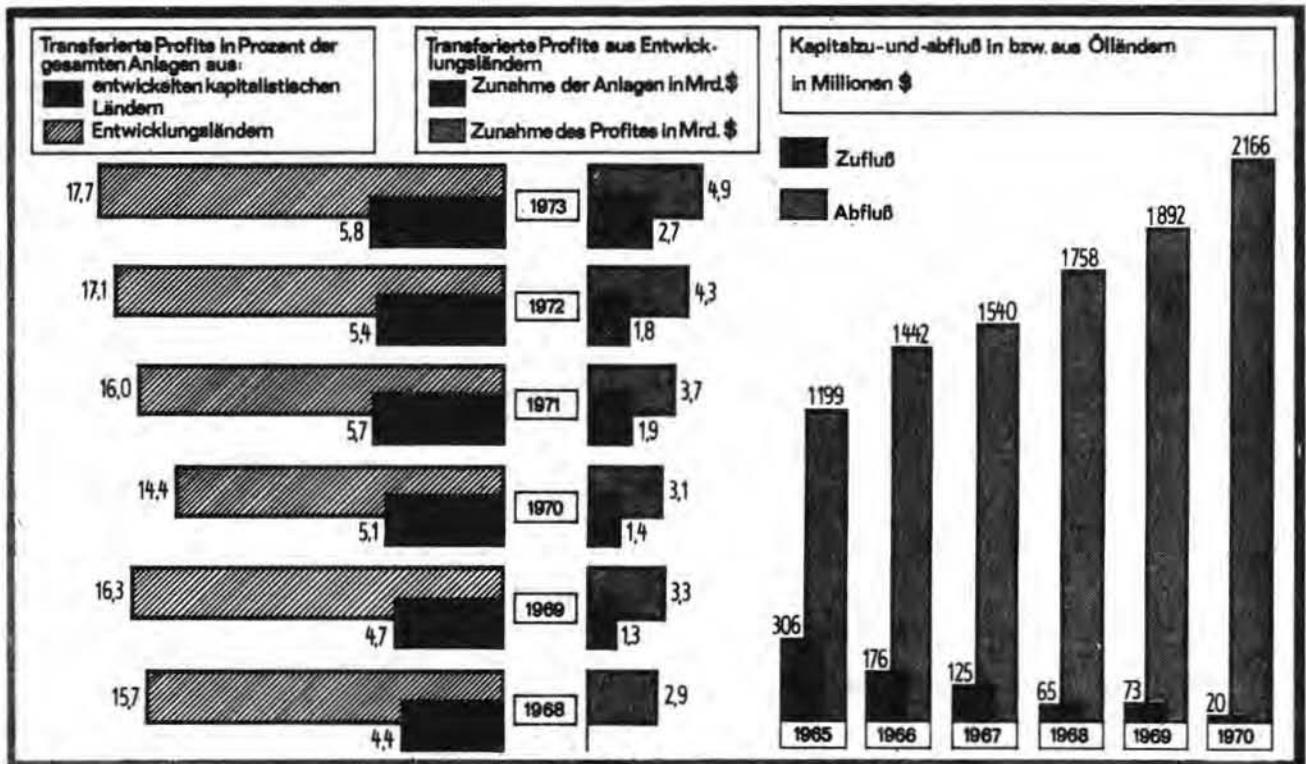
Bis zu zwei Drittel der großen Investitionen der Superkonzerne unseres Landes werden im Ausland getätigt. Zugleich geht der Investitionsanteil im Innern zurück; eine Folge daraus ist der Rückgang von Wachstumsinvestitionen in der Bundesrepublik. Und dies ist u.a.

auch eine Ursache für die Tiefe und Dauer der gegenwärtigen zyklischen Krise in unserem Lande.

Was die Frage angeht, ob sich in der gegenwärtigen Zeit der großen Exportüberschüsse der Bundesrepublik bzw. durch die Milliarden-Abkommen mit Entwicklungsländern eine neue Stufe der Expansion der Monopole abzeichnet, so habe ich dies bereits mit den hauptsächlichsten Tatsachen unter Beweis gestellt (vgl. Teil 1, in: AIB Nr. 7-8/1975). Der direkte Kapitalexport für Auslandsanlagen wächst enorm. Dies ist die Hauptstrategie, und darum ist das auch eine neue Stufe der Expansion.

Zweifelhafte "Vorteile" für Entwicklungsländer

Aber einzelne ölreiche Länder wie der Iran beteiligen sich an Monopolunternehmen wie Krupp,



um technisches Wissen und Produktionsanlagen aus diesem Konzern zu erhalten. Das ist ein ganz gewöhnlicher kapitalistischer Vorgang. Denn Entwicklungsländer, die den kapitalistischen Weg beschritten haben, sind - trotz gewisser Besonderheiten, z.B. starke feudale Strukturen, - in den Kapitalkreislauf der kapitalistischen Weltwirtschaft einbezogen. Entwicklungsländer mit höheren kapitalistischen Strukturen, die bereits seit einigen Jahrzehnten den kapitalistischen ökonomischen Weg eingeschlagen haben, standen ebenfalls ursprünglich vor ähnlichen Problemen. Ganz Nordamerika war auch einmal besonders für diesen Weg typisch.

Natürlich bietet der Import ausländischen Kapitals, sofern wirklich ein echter Zufluß stattfindet, kurzzeitige Vorteile für die nationale Zahlungsbilanz des betreffenden Landes. Der Produktionsapparat wird überdies mit neuer Technik versehen, und die ausländischen Investitionen erweitern auch die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums. Aber auf lange Sicht wird die Zahlungsbilanz negativ beeinflusst, weil es zu einem steigenden Abfluß von Devisen in Gestalt von Gewinnen, Zinsen, Amortisationen, Zahlungen für Patente und Lizenzen usw. kommt, auf die das Auslandskapital natürlich Anspruch erhebt.

Schwer wiegt auch die Tatsache, daß mitunter ganze Zweige gerade in den den Fortschritt bestimmenden Industrien wie Erdölchemie, Elektronik oder Kraftfahrzeugbau unter fremde Kontrolle kommen. Die kapitalexportierenden Länder gewinnen fast immer gewisse "Vorteile".

Lenin vermerkt in seinem Imperialismus-Werk:

"Der Kapitalexport beeinflusst in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, die er außerordentlich beschleunigt. Wenn daher dieser Export bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung in den exportierenden Ländern zu hemmen geeignet ist, so kann dies nur um den Preis einer Ausdehnung und Vertiefung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt geschehen." ¹⁾

Wenn einmal eine Bilanz versucht werden soll über die ökonomische Lage in den Entwicklungsländern im Jahre 1974, dann ergeben sich sehr widerspruchsvolle und zum Teil sehr negative Entwicklungen.

Geringes Wachstum und grassierender Hunger

Trotz vieler Erfolge reichte nämlich auch 1974 das Jahreswachstum der Bruttosozialprodukte der Entwicklungsländer nicht aus, um den Abstand des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Ländern auch nur zu verringern. Das lag am geringen Wachstum der Produktionskapazitäten, aber auch an der hohen Rate des Bevölkerungswachstums von 2,6%. Der Wert des in den 2 Mrd Menschen zählenden Entwicklungsländern erzeugten Bruttosozialprodukts betrug 1972 nach Angaben der UNO 4,27 Mrd Dollar; das Bruttosozialprodukt der 700 Mio Menschen zählenden kapitalistischen Industrieländer belief sich jedoch auf 2,284 Mrd Dollar. Umgerechnet bedeutet dies ein Pro-Kopf-Einkommen von 236 Dollar in den Entwicklungsländern gegenüber 3.263 Dollar in den kapitalistischen Industriestaaten. ²⁾ Zwar gab es eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, aber das Ernährungsproblem

konnte nicht annähernd gelöst werden. 1974 gab es darum erneut viele Zonen, in denen der Hungertod grassierte. Rund ein Sechstel des niedrig angesetzten Gesamtverbrauchs von Getreide hätte importiert werden müssen, 60 Mio Tonnen, um den Hunger einigermaßen zu überwinden. Diese Mengen waren aber auf dem Markt nicht verfügbar oder, soweit vorhanden, nur gegen sehr hohe Preise zu erhalten.

Anstieg von Profiten und Auslandsverschuldung

Zur gleichen Zeit läßt sich ein stetiger Anstieg des von imperialistischen Kapitalinvestoren aus den Entwicklungsländern abgezogenen Kapitals, also ein enormes Anwachsen der Profitspanne beobachten. Nach Berechnungen der UNO betrug im Zeitraum von 1965 - 1970 die Summe des Kapitalflusses in die Entwicklungsländer 8,1 Mrd Dollar, der Kapitalabfluß jedoch 27 Mrd Dollar.³⁾ Führten imperialistische Konzerne 1965 noch Reingewinne in Höhe von 3,5 Mrd Dollar aus, so waren es 1973 bereits 8 Mrd Dollar.⁴⁾ Hinzu kommen u.a. Zinszahlungen der Entwicklungsländer an westliche Staaten und Großbanken von 9 Mrd Dollar alleine im Jahr 1974. Schließlich fließt die von den imperialistischen Ländern gewährte sogenannte finanzielle Entwicklungshilfe zu 50% als Schuldendienst an sie zurück.⁵⁾ Hinzu kommt das - im Grunde nur von den Erdölländern in jüngsten Jahren durchbrochene - Mißverhältnis zwischen Preisen für Rohstoffe und Fertigwaren, so daß sich 1974 und 1975 die "terms of trade", d.h. das Verhältnis der Exportpreise der Entwicklungsländer zu ihren Importpreisen für eine Vielzahl dieser Länder um 20% weiter verschlechtert hat.⁶⁾ Die Profittransfers, die räuberische Kreditpolitik, die Währungs- und Preismanipulationen zusammengenommen, preßte das internationale Finanzkapital im Jahr 1973/74 insgesamt rund 20 Mrd Dollar aus den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.⁷⁾ Besondere Nachteile entstanden daraus solchen Ländern, die bei ihren eigenen Exporten nicht gewannen und für Importe von bestimmten industriellen Rohstoffen z.B. Öl, von Nahrungsmitteln und Industriegütern erheblich mehr aufzuwenden hatten. Sie konnten diese Nachteile nicht wie manche Erdölländer durch einen gewaltigen Dollarzufluß überwinden. Bei den am stärksten betroffenen Entwicklungsländern entstand 1974 eine zusätzliche Kapitallücke von 2,6 Mrd Dollar, obwohl im gleichen Zeitraum mehr als 25 Mrd Dollar als langfristiger Kredit und als Kapitalanlage aus hochentwickelten kapitalistischen und mehr als 6 Mrd Dollar aus den erdölexportierenden Staaten in diese Länder flossen. Die Gesamt-

verschuldung aller Entwicklungsländer beläuft sich zur Zeit auf 123 Mrd Dollar, während sie zu Beginn der 60er Jahre noch 20 Mrd und 1973 80 Mrd Dollar ausmachte.⁸⁾ Beispielsweise erreichte das Zahlungsbilanzdefizit selbst des angeblichen "Wirtschaftswunderlandes" Brasilien im Jahre 1974 einen Umfang von 7 Mrd Dollar.

Produktionszuwachs: Für und Wider

Einige Entwicklungsländer haben sehr hohe Zuwachsraten in der Brutto-Produktion z.B. Nigeria, Elfenbeinküste, Panama und Brasilien, was dazu beitrug, daß sich der Anteil der Entwicklungsländer an der kapitalistischen Weltproduktion weiter erhöhte. Einigen gelang es, ihre für sie nachteilige Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft weiter zu verbessern. Dazu gehören solche Länder wie Singapur und Algerien.

Das Gesamtwachstum der Produktion aller Entwicklungsländer wird mit etwa 6%, die Pro-Kopf-Produktion mit einer Steigerung um 3,4% angegeben.

Für zahlreiche Entwicklungsländer war 1974 das Bemühen um die Stärkung der nationalstaatlichen Position in der Wirtschaft kennzeichnend. In den meisten Ländern mit sozialistischer Orientierung stärkte sich die Macht der fortschrittlichen Kräfte, sowohl politisch als auch ökonomisch. Am sichtbarsten wurde das im Irak und in Algerien.

In einigen anderen Ländern führte konzentriertes Eindringen fremden Kapitals zu starken Produktionsausweitungen, vor allem in der verarbeitenden Industrie.

1974 kamen z.B. in Singapur mehr als zwei Drittel des industriellen Nettoproduktes aus dem ausländischen Sektor. Auch in Brasilien und Iran bauten die ausländischen internationalen Monopole, nicht zuletzt die der Bundesrepublik, ihre Positionen aus. Neben bedeutenden Produktionssteigerungen zeichnen sich auch gewisse politisch-ökonomische Konsequenzen ab. Das brasilianische Großkapital übernimmt immer mehr die Rolle eines "Stellvertreter-Imperialismus" in Lateinamerika.

Zum Unterschied zu diesen Ländern war 1974 die Wirtschaft der am schwächsten entwickelten Entwicklungsländer aber durch Stagnation oder sogar durch Rückgang gekennzeichnet. Deshalb kamen gerade von ihnen die meisten Anstöße für Aktivitäten der Entwicklungsländer gegenüber dem Imperialismus.

Der Zustrom der Inflation

Eine besondere Frage betrifft das Wirken der Inflation in all diesen Prozessen. Die Inflation erfaßte nahezu alle Entwicklungsländer.

Das Beispiel VW do Brasil

Für die einen ist es eine „glückliche Symbiose zwischen Industrialisierung und Wahrung nationaler Belange“ (VW-Werbeabteilung) oder ein Handeln als „technische und soziale Pioniere“ (Zeit-Chefredakteur Theo Sommer).

Die anderen klagen VW an, es vergrößere und erhärte die Kluft zwischen Elend und Reichtum in Brasilien (vor dem Russel-Tribunal), und die Jusos befanden, daß „Auslandsinvestitionen der Bevölkerung des Investitionslandes nur zu einem geringen Teil helfen“.

VW do Brasil: die größte bundesdeutsche Auslandsinvestition, Lateinamerikas größter Automobilproduzent, größtes Industriewerk des Kontinents, 1,6% des brasilianischen Bruttosozialprodukts wurden 1973 von VW do Brasil produziert. Imposante Zahlen, die auch der Grund dafür sind, daß die VW-Tochter zur meistgehätselten und meistbefohlenen unter den 500 deutschstämmigen Firmen in Brasilien wurde.

„VW hat in Brasilien 38 000 Arbeitsplätze geschaffen, und von jedem Arbeitsplatz in der Automobilindustrie hängen 3 weitere ab — das macht 190 000 Arbeitsgelegenheiten.“ Das ist das erste Argument, das einem VW-Kritiker entgegengehalten wird. Es stimmt. Doch bleibt die Frage, ob das bei einem jährlichen Bedarf von einer halben Million Arbeitsplätze ausreicht. VW wendet in Brasilien — das wurde in einem Bundestagshearing bestätigt — „modernste Technologie“ an. Und die ist kapital-, nicht arbeitsintensiv. Das Wachstum der Produktivität war von Anfang an schneller als das der Mitarbeiterzahlen: in den Jahren 1968-69 wurde sogar bei wachsender Produktion (von 154 972 auf 178 179 Wagen) die Zahl der Mitarbeiter verringert (von 19 483 auf 18 827).

Auch die Standorte des „alten“ und des „neuen“ VW-Werks — sie liegen beide im hochindustrialisierten Bundesstaat Sao Paulo, in dem bereits die Arbeitskräfte knapp sind — mildern wenig das Elend von zehntausenden Arbeitslosen im Nordosten des Landes. Die meisten Bewerber für einen der seltenen Arbeitsplätze bei VW (1972 kamen auf einen freien Arbeitsplatz 120 Bewerber) sind nicht arbeitslos, sondern wollen sich verbessern. Viele der VW-Arbeiter in Sao Bernardo do Campo waren früher in der arbeitsintensiven Möbelindustrie tätig, die durch die Investitionen der ausländischen Konzerne verdrängt wurde.

Auch in der Zuliefererindustrie wünschen VW und die anderen ausländischen Automobilproduzenten die gewohnte Präzision und Technologie. Auch hier wurden einheimische kleine Firmen verdrängt oder aufgekauft. Inzwischen tragen die wichtigsten der 3800 VW-Zulieferer recht bekannte und gewohnte Namen: Bosch, Deutsche Vergasergesellschaft,

Fein, Fichtel & Sachs, Flick, Krupp, Glasurit, VDO, Fahrradfabrik Friedrichshafen usw.

(...)

Wenn in diese heile Welt doch Streiks platzten, wie Ende 73/Anfang 1974 und im September 74, so sind die Gründe dafür vor allem in der Lohnhöhe und im „Überstunden-Regime“ zu suchen.

Nach Angaben eines brasilianischen Gewerkschafters in der Zeitschrift Opinao beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in 97% der Metallindustrien Sao Paulos 66 Stunden! Bei Volkswagen in Sao Bernardo summieren sich die Überstunden auf 300 000 im Monat.

Obwohl VW do Brasil Löhne zahlt, die nach Werksangaben 5% über denen anderer Automobilproduzenten liegen und weit höher sind als in anderen Industrien. Nur um zu leben sind die 240 bis 400 Mark im Monat zu wenig, die die 21 000 VW-Hilfsarbeiter mit nach Hause bringen, zu wenig, wenn die Sozialversicherung allein 80,- DM schmeckt, eine 10 qm große Wohnung 50,- DM kostet, die Ratenzahlungen für das Fernsehen noch einmal 50,- DM. Ein kg Fleisch mittlerer Qualität kostet 4,60 DM, ein kg Kaffee 3,- DM, Medikamente sind selbst zu zahlen.

Für Fortbildung in VW-Kursen ist keine Zeit, denn ohne Überstunden und Mitarbeit der Frau kann die Familie nicht überleben.

Die VW-Geschäftsberichte zeigen deutlich, warum die brasilianische Tochter der „Mutter Freude macht und zu deren Wohlergehen beiträgt“ (so blumenreich umschrieb 1972 die Süddeutsche Zeitung die Tatsache, daß VW do Brasil die VW-Filiale mit den höchsten Gewinnen ist): während der VW-Konzern 1973 weltweit 29,2% der Umsatzerlöse für Löhne und Sozialaufwendungen ausgeben mußte, waren es in Brasilien nur 14,1% — inklusive der viel zitierten Sozialleistungen. Auch im Jahresüberschuß spiegelte sich das wieder. Weltweit erwirtschaftet der Konzern 1,2% des Umsatzes als Jahresüberschuß, in Brasilien sind es stolze 3,8% (1973). 1973 stiegen die Exporterlöse von VW do Brasil um 83,4%.

Man könnte sich für den krisengeschüt-



Bewaffnete Werksschützer

telten VW-Konzern darüber freuen — wenn es nicht mit einer brutalen Unterdrückung der Arbeiterbewegung, machtlosen Gewerkschaften und gefolterten Arbeitern erkaufte wäre. — Den ehemaligen VW-Chef Werner Paul Schmidt freilich läßt das kalt. „Sicher foltern Polizei und Militär Gefangene, um wichtige Informationen zu erlangen; sicher wird beim Politisch-Subversiven oft gar kein Gerichtsverfahren mehr gemacht, sondern gleich geschossen. Aber eine objektive Berichterstattung müßte jedesmal hinzufügen, daß es ohne Härte eben nicht vorwärts geht. Und es geht vorwärts.“

Die Entwicklung des Exports der brasilianischen Tochter hat inzwischen die Befürchtungen des IG-Metall-Vorsitzenden und 2. VW-Aufsichtsratsvorsitzenden Loderer, die starke Expansion des VW-Konzerns in Brasilien koste in der Bundesrepublik „Zehntausende von Arbeitsplätzen“, bestätigt.

Inzwischen beliefert VW do Brasil neben dem lateinamerikanischen Markt auch Afrika, Nahost, Europa und Nordamerika. Täglich werden 500 Getriebe und 500 Motoren für den Passat in Brasilien für den Export in die Bundesrepublik gefertigt. 1973 stiegen die Exporterlöse um 83,4%. 1974 wurden zwecks Produktionsausweitung 8000 Mitarbeiter in Brasilien eingestellt — in der Bundesrepublik wurden im gleichen Jahr 13 900 Mitarbeiter entlassen.

Doch die in Brasilien erwirtschafteten Gewinne reichten nicht nur zum Aufbau des riesigen neuen Werkes bei Taubate, das Anfang 1975 die Produktion aufgenommen hat. VW hat nebenbei rund 120 Firmen in Brasilien aufgebaut, die nicht Autos, sondern Seife, Parfum, Fischkonserven, Streichhölzer etc. produzieren. Das hoffnungsvollste Projekt ist jedoch die VW-Rinderfarm, auf der im Amazonasgebiet 110 000 Rinder grasen sollen. 135 000 Hektar Land hat VW bereits aufgekauft. Die Produktion läuft wie im Werk Sao Bernardo: kapitalintensiv, rationell durchgeplant, exportorientiert. Für das Gelände werden nach Berechnungen der staatlichen SUDAM-Behörde nicht mehr als 650 Arbeiter benötigt werden.

Ob VW-Rinder oder VW-Käfer: die meisten Brasilianer können's sich nicht kaufen, und Arbeitsplätze werden auch nur relativ wenige geschaffen.

Wem nützt es?

(Quelle: amnesty international, Brasilien Rundschau Nr. 2/1975)



VW-Werk in São Bernardo

In vielen von ihnen gab es im letzten Jahr wieder Geldentwertungsraten von mehr als 20%. Das aber hatte erneut eine Verschlechterung der Lebenslage der bereits an der untersten Schwelle des Existenzminimums Lebenden in diesen Ländern zu Folge.

So kann denn eine solche Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen dieser Länder im Jahre 1974 nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Krise in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die Mehrheit der Entwicklungsländer heftig erfaßt hat. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Auswirkungen dieser, die ganze kapitalistische Welt erfassenden Krise in der nächsten Zeit noch verstärken.

Ganz anders geartet waren dagegen die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Sie erwiesen sich in ökonomischer und politischer Hinsicht als Stabilisierungsfaktor. Das Volumen des Warenumsatzes der DDR mit den Entwicklungsländern erhöhte sich z.B. im ersten Halbjahr 1974 um 25 Prozent.

Wirtschaftliche Perspektiven der Entwicklungsländer

Über die Entwicklungsperspektiven der Entwicklungsländer sind heute selbstverständlich keine detaillierten Angaben möglich. Die Linie des mühsamen, langsamen Fortschritts ist nach wie vor unübersehbar.

Dieser Fortschritt würde schneller vor sich gehen, wenn die Entwicklungsländer sich aus den Fesseln imperialistischer Abhängigkeiten, d.h. aus den Fesseln der Monopole, befreien könnten, ihre Probleme gemeinsam mit den sozialistischen Ländern lösen und die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern echte Unterstützungen von den Regierungen und der Wirtschaft zugunsten der Entwicklungsländer durchsetzen würden. Das ist eine schwere Aufgabe.

Um z.B. das Entwicklungsniveau der Bundesrepublik Anfang der 70er Jahre in 20 Jahren zu erreichen, müßte die bisherige Fortschrittsrate in Lateinamerika verdoppelt, in Asien vervierfacht und in Afrika sogar versiebenfacht werden. Bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen von 1971 müßte Lateinamerika die Wachstumsrate mehr als verdreifachen, Asien mehr als versechsfachen und Afrika nahezu verneunfachen. Selbst Länder, die Erdöl und andere Rohstoffe exportieren, müßten die Wachstumsraten ihres Pro-Kopf-Einkommens zum Teil drastisch erhöhen.

"Etwa verdoppeln:

...Iran, Jamaika, Surinam, Venezuela;

etwa verdreifachen:

Algerien, Chile, Malaysia, Sambia, Thailand, Trinidad und Tobago;

mehr als vervierfachen:

Bolivien, Ghana, Guayana, Indonesien, Irak, Kamerun, Nigeria, Peru, Zaire." 9)

Teuer bezahlte Abhängigkeit

Die Folgen der alten wie der neuen Kapitalexpansion mächtiger Monopolgruppen in den Entwicklungsländern sind nicht in einer einseitigen Richtung zu sehen - z.B. derjenigen, die uns als sogenannte Entwicklungspolitik in den Entwicklungsländern angepriesen wird.

Historisch und damit objektiv ist selbst für Länder, die den kapitalistischen Weg beschritten haben, industrielle Entwicklung, Einbeziehung in internationale Kapitalbeziehungen, die mit der Rohstofferschließung usw. entstehenden Infrastrukturen gegenüber den früheren ökonomischen Strukturen selbstverständlich ein Fortschritt. Aber dieser ist nur ein relativer und noch zudem sehr teuer bezahlter Weg; denn die entstehenden Abhängigkeiten von den Monopolen und ihren Regierungen kosten Jahre der Unabhängigkeit, der sinnvollen politischen und ökonomischen Entwicklung. Zumeist ist dieser Weg mit blutigen Unterdrückungen - siehe Chile - und dem Entstehen einer skrupellosen und räuberischen "nationalen" Gruppe, der heimischen Großbourgeoisie verbunden, die mit den internationalen Monopolen gemeinsame Sache macht. Dafür gibt es viele Beispiele in vielen Ländern, nicht nur in Lateinamerika, wo es oft reaktionäre Militärs sind, die, wie in Brasilien oder Bolivien, die nationale und soziale Befreiungsbewegung mit Hilfe der USA unterdrücken. Das alles ist bekannt.

Ringens um nationale Reichtümer

Ich habe bereits dargelegt, daß die ökonomische Ausbeutung nach der formellen Befreiung vom Kolonialjoch in den meisten Fällen geblieben ist - wenn auch manches Mal eingeschränkt. Eine wesentliche Frage ist daher die Verfügung über die nationalen Reichtümer, über die Preisgestaltung für Rohstoffe und für Nahrungsmittel. Es ist nicht zu übersehen, daß die Monopole hier in den letzten Jahren Federn lassen mußten. Gestützt durch die sozialistischen Länder konnten z.B. die Ölbesitzer unter den Entwicklungsländern bei den Mengen und Preisen wichtige Rechte durchsetzen und damit oft wesentliche Teile der Monopoldiktate durchbrechen.

Bekannt sind aber auch die Drohungen des US-Außenministers Kissinger vom Anfang des Jahres 1975, der erklärt hatte, daß unter bestimmten Bedingungen eine militärische Intervention der USA gegen die Ölförderländer nicht auszuschließen sei.¹⁰⁾

Im engsten Zusammenhang mit dem Kampf der Entwicklungsländer zur Erlangung vollständiger Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen

steht daher auch das Streben nach realen Preisverhältnissen zwischen Rohstoffen und Industriewaren und nach dem ihnen zustehenden Anteil an den Gewinnen aus der Rohstoffförderung.

Bekämpfung des Preisdiktats der Multis

Im Memorandum Algeriens über Erdöl, Rohstoffe und Entwicklung anlässlich der 6.UNO-Sondertagung wird dazu festgestellt, daß sich die Entwicklungsländer,

"die mehr und mehr die Notwendigkeit der Kontrolle über die Ausbeute ihrer natürlichen Ressourcen erkennen und unwiderruflich den Kampf um deren Wiedererlangung aufgenommen haben, so lange ergebnislos darum bemühen, solange die entwickelten Länder ... insbesondere den Mechanismus der Preisgestaltung für Rohstoffe kontrollieren."

Die Kontrolle über die Preisgestaltung wird in diesem Memorandum als ein Eckpfeiler des imperialistischen Ausbeutungssystems gekennzeichnet.

Dabei geht es in erster Linie um zwei Probleme:

● Erstens geht es um die Beseitigung des bisherigen, durch das Preisdiktat der Rohstoffmonopole weitgehend verursachten Mißverhältnisses zwischen Rohstoff- und Industriewarenpreisen und des Zustandes, daß rohstoffexportierende Länder infolge der inflationären Entwicklung in den imperialistischen Ländern immer größere Summen für erforderliche Industriewaren aufbringen mußten, ohne daß sich ihre Einkünfte aus den Rohstoffexporten wesentlich erhöhten. Nach Angaben des Welthandelsrates, hat sich das Verhältnis zwischen den Preisen für Rohstoffe und Industriewaren in den Jahren 1955 - 1972 um 15% verschlechtert, was einen Verlust von mehr als 10 Mrd Dollar für die Entwicklungsländer bedeutet. 11)

● Zweitens geht es um die Erzwingung des Rechts zur Bestimmung der Preise für Rohstoffe - wie von den OPEC-Ländern demonstriert -, um damit auch das Preisdiktat der Monopole zu brechen.

Allgemein werden die Rohstoffpreise auf den internationalen Rohstoffmärkten von den Bedürfnissen der imperialistischen Länder und ihren Monopolen bestimmt, werden dementsprechend manipuliert und folgen den konjunkturellen Schwankungen der kapitalistischen Weltwirtschaft und unterliegen in den meisten Fällen auch noch spekulativen Einflüssen. So beruht, um nur ein Beispiel zu nennen, die Verstärkung der Nachfrage nach Aluminium und der darauf beruhende Preisanstieg seit Beginn 1973 sowohl auf dem Mehrbedarf der Bau- und Autoindustrie als auch auf den Hortungskäufen als Folge der Furcht vor allgemeiner Verknappung und weiteren Preissteigerungen. Zwischen 1971 und 1973 stiegen die Aluminiumlieferungen auf dem Weltmarkt um 38%.

Eine nicht unbeträchtliche Macht zur Beeinflussung der Preise geht auch von den z.B. in den USA angelegten sogenannten strategischen

Reserven aus, die je nach Bedarf sowohl aus ökonomischen als auch politischen Gründen auf den Markt geworfen werden können. So beliefen sich die strategischen Reserven der USA Anfang 1973 z.B. bei Mangan-Erz auf über 5 Mio Tonnen, (Jahresproduktion 1973 in der kapitalistischen Welt 12,8 Mio Tonnen), bei Chrom-Erz auf 3 Mio Tonnen (Jahresproduktion 1973 der kapitalistischen Welt 3,6 Mio Tonnen). Bis 1972 hatte sich der Preisindex z.B. für verschiedene Erze immer wieder nachhaltig verringert. Demgegenüber war der Preisanstieg seit 1972 ungewöhnlich stark. Gegenwärtig zeigt sich jedoch erneut eine Tendenz zum Preisrückgang.

Von der beispiellosen Rohstoff-Hausse, die Ende 1971 begann, 1973 alle Märkte erfaßte und im ersten Quartal 1974 ihren Höhepunkt erreichte, ist Ende des Jahres 1974 nicht viel übrig geblieben. Nur an wenigen Märkten sind noch Hausse-Tendenzen zu spüren und noch einzelne widersetzen sich dem allgemeinen Preisverfall.

Die verminderte Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten führte aber auch dazu, daß die aus statistischer Sicht bedrohliche Angebotsverknappung an Agrarerzeugnissen nicht jene Preiskonsequenz hatte, die bürgerliche Fachleute ursprünglich vorausgesehen hatten. Eine Ausnahme bildete hier lediglich Zucker. Dieses Grundnahrungsmittel ist derart rar geworden, bzw. durch die Spekulation rar gemacht worden, daß die Weltversorgung nur noch über wesentlich höhere Preise zu erreichen war.

All diese Preisverfallerscheinungen an den internationalen Rohstoffmärkten gingen auf jeden Fall zu Lasten der Entwicklungsländer.

Besonderheiten des Erdölmarktes

Eine besondere Lage hat sich auf dem Erdölmarkt und im Verhältnis der Erdölländer zu den Aufnahmeländern für Erdölprodukte ergeben.

Die internationalen Erdölkonzerne besaßen bis zum Beginn der 70er Jahre die absolute Verfügungsgewalt über fast das gesamte geförderte Erdöl im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika und Lateinamerika. Noch 1973 kam der größte Teil der von den sieben größten Ölkonzernen geförderten Menge aus diesen Regionen. Die Beziehungen dieser Konzerne zu den Förderländern in Lateinamerika, Asien und Nordafrika trugen von Anfang an kolonialen bzw. halbkolonialen Charakter.

Die in dieses System eingebettete typische Rechtsform war die Konzession: Die Konzerne erwarben von den Erdölländern Bohrkonzessionen, welche zugleich das Recht der Ausbeutung aufgefunder Lagerstätten einschlossen. Die Li-

zenzverträge hatten Laufzeiten von vielen Jahrzehnten. Dieser Zeitraum reichte in der Regel, um die Vorkommen bis faktisch zur Erschöpfung auszunutzen.

Die Förderländer hatten also keine Mitsprache über die Ausnutzung einer Bohrkonzession, bei Festlegung der Fördermengen, bei der Verwendung des geförderten Öls usw. Eine Beteiligung nationalen Kapitals gab es anfangs nicht. Die Verkaufserlöse flossen völlig den ausländischen Konzernen zu. Die politische und ökonomische Macht dieser Konzerne war größer als die der Regierungen der Förderländer, sofern es sich überhaupt um formell selbständige Staaten handelte.

länder sich zu einer Art Kartellorganisation zusammenschlossen. Die Erdölländer haben ein Interesse daran, ihre Förderung auf eine längere Nutzungsdauer auszudehnen, sie sträuben sich dagegen, im Interesse der kapitalistischen Industriestaaten schon in wenigen Jahrzehnten "ausgepumpt" zu werden. Sie wehren sich darum auch erfolgreich gegen die bisherige finanzielle Ausplünderung in Form nur sehr geringer Abgaben seitens der Konzerne bei gleichzeitig ständig steigender Ausgaben für Importgüter.

Die seit Ende 1973 erfolgende Preisfestsetzung durch die OPEC-Staaten ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die internationalen Konzerne können die Forderungen der Entwicklungsländer auf Beteiligung an der Nutzung ihrer Rohstoffvorkommen und an den Erträgen daraus nicht mehr ignorieren. Sie mußten der Übernahme der Kapitalmehrheit durch staatliche Unternehmen in vielen Entwicklungsländern zustimmen. Das wirft die Frage nach der Zulässigkeit solcher internationalen Absprachen auf, die tatsächlich einen kartellartigen Charakter tragen.

Ich bin der Meinung, daß solche Kartelle als Kampfmittel gegen imperialistische Macht des Konzernkapitals eine völlige Berechtigung haben.

Ja, solche antiimperialistischen Kartelle können, obwohl sie ein Monopol begründen, wichtige Rechte der Entwicklungsländer gegenüber den Monopolen durchsetzen. Das ganze Getue und die ganze Hetze der Imperialisten gegen die "räuberischen Ölscheichs" ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Wehklagen über diese verlorenen Rechte.

Anmerkungen:

- 1) W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1951, S. 70/71
- 2) Vgl. IPW-Berichte, Nr. 8/1975, S. 11
- 3) ebenda, S. 12
- 4) Ekonomitscheskaja gaseta, Nr. 43/1974, in: Theorie und Praxis, Nr. 4/1975, S. 127
- 5) Vgl. IPW-Berichte, a.a.O., S. 11
- 6) Zahlenangaben nach: Price Movements of Basic Commodities in International Trade 1950-1970, United Nations, New York 1971; Foreign Affairs, New York, Vol 53, 2.1. 1975, S. 259
- 7) Vgl. P. Friedländer/ G. Liebscher, Neokolonialismus ohne Maske, Berlin 1974, S. 46 f
- 8) Zahlenangaben nach: Die Wirtschaft, 8.1. 1975, S. 23; Theorie und Praxis, a.a.O., S. 127
- 9) DWI-Wochenbericht, Nr. 21/1974, S. 200
- 10) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7.1.1975
- 11) Zahlenangaben nach: Die Welt, 19.4.1974; vgl. Anmerkung 6

Zu- und Abfluß von Auslandskapital in wichtige (Iran, Irak, Algerien, Nigeria, Saudi-Arabien)		Erdölförderländer (Libyen, Venezuela)	
Zufluß		Abfluß	
	Mill. \$		Mill. \$
1965	388,9		1913,7
1966	374		2816
1967	385		2866
1968	397		3394
1969	386		3435
1970	322		3663

Quelle: UN, Multinational Corporation in World Development, New York 1973, Seite 192.

Die von den internationalen Ölgesellschaften auf der Basis faktischer Ungleichheit geschlossenen Konzessionsverträge hatten eine teilweise bis über das Jahr 2000 hinausgehende Laufzeit. Nach diesen Konzessionsverträgen übten die größten internationalen Erdölkonzerne trotz Entstehen nationaler Gesellschaften in verschiedenen Entwicklungsländern über die von ihnen gebildeten Erdölgesellschaften die Kontrolle über die Erdölproduktion dieser Länder aus.

Nationalisierung und Gegenkartelle

Auch unter den gegenwärtigen Bedingungen einer Beteiligung nationaler Erdölgesellschaften an den Konzessionen, die besonders seit 1972/73 in den meisten Fällen bereits 50% beträgt, oder der vollständigen Nationalisierung der Ölproduktion in verschiedenen Entwicklungsländern, ist der Einfluß der internationalen Konzerne zwar eingeschränkt, aber bei weitem nicht ausgeschaltet. Dies hängt in erster Linie mit der nach wie vor bestehenden Abhängigkeit von den internationalen Konzernen hinsichtlich des Transports, der Verarbeitung und des Vertriebs des geförderten Öls zusammen.

Dies ist auch der Grund dafür, warum die Erdöl-

Naher Osten

Ägyptens Staatspräsident Sadat sieht sich seit dem Abschluß des Sinai-Separatabkommens (vgl. AIB Nr.9/1975) einer nahezu einhelligen Ablehnung im arabischen Lager ausgesetzt. Auch im eigenen Lande mehrt sich Kritik, die sich gegen die Öffnung Ägyptens gegenüber der US-Regierung und -Konzernen wendet. Beispielsweise berichtete das Magazin New Outlook von ironischen Stimmen in Kairo, denen zufolge Sadats 'Öffnung' bisher nur die Boden- und Immobilienspekulation hochgetrieben und die Preise verzehnfacht habe. Und das Kairoer Wochenblatt Rose El Yussef vermerkte kürzlich,

"daß das Land heute wieder auf die stolze Zahl von 168 Millionären blicken könne und daß sich nach Nassers Reform jetzt die Räder wieder rückwärts drehen." (zit.nach: Deutsche Volkszeitung, 11.9.1975)

Entschieden verurteilten die syrische Regierung, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO und die fortschrittlichen Kräfte in Israel das am 10. Oktober 1975 in Kraft getretene Sinai-Abkommen:

● In einem Newsweek-Interview von Mitte September d.J. nannte der syrische Präsident Hafez Assad, als eigentlichen "Zweck des Abkommens: die ägyptische Front einfrieren zu lassen". Assad betonte, die ägyptische Regierung habe vor dem Abschluß des Abkommens jede Koordination mit Syrien von sich gewiesen. Der syrische Präsident führte weiter aus, das Sinai-Abkommen schließe

"Türen, die andernfalls zu einem wirklichen Frieden geführt hätten... Die Israelis sind mehr denn je entschlossen, in arabischem Land zu bleiben und vielleicht sogar ihre Besatzungsgebiete an der Nordfront (Südlibanon) auszudehnen, um von den USA einige Milliarden Dollar mehr zu erpressen, zum Ausgleich für den Rückzug aus Gebieten, die Israel nicht gehören. Die USA sind jetzt zu einer Partei im israelisch-arabischen Konflikt geworden." (Newsweek, 22.9.1975).

● Der Sprecher des Israelischen Friedenskomitees, Wolf Ehrlich, sprach davon, daß die durch das Sinai-Abkommen noch direktere Verstrickung des US-Imperialismus in den Nahostkonflikt "eine Verstärkung der Kriegsfaktoren" bewirke, ja den "Beginn einer aktiven US-Intervention" bedeute und neue Gefahren heraufbeschwöre. Er charakterisierte Sadats Position mit den Worten:

"Die Regierung Ägyptens bezahlt für die Befreiung des Gebietes und für Abu Rhodeis den Vereinigten Staaten mit erhöhtem amerikanischem Einfluß und mit Konzessionen an das Großkapital." (die tat, 13.9.1975)

● Yasser Arafat, der Vorsitzende der PLO, machte in Interviews Ende September d.J. mit dem Ungarischen Fernsehen und der Zeitschrift Newsweek darauf aufmerksam, daß das Auftauchen der Amerikaner auf der Sinai-Halbinsel stark an die US-Einmischung in Vietnam erinnere. Arafat im Newsweek-Interview vom 15.9.1975:

"Die Klausel über die 'Nichtanwendung von Gewalt' in dem Sinai-Abkommen bedeutet, daß Israel seinen nächsten aggressiven Schritt gegen den nördlichen Sektor unternehmen wird. Der USA-Geheimdienst weiß besser als wir, daß die Vorbereitungen an der libanesischen Grenze, den Golan-Höhen und im nördlichen Teil des besetzten Westufers beschleunigt wurden. Israel hat derzeit 4 Divisionen in diesem kleinen Gebiet. Die jetzt täglichen Überfälle auf unsere Flüchtlingslager im Libanon gleichen einer nicht endenwollenden Fernseh-Kriegsserie. Wenig erscheint in der westlichen Presse, aber es gibt eine allmähliche Eskalation - nehmen wir den Überfall der israelischen Flotte auf die Vororte von Sidon - und den Beweis, daß keine ernste Absicht besteht, in dem Gebiet wirklichen Frieden herbeizuführen. Es scheint, daß Israel das Abkommen als eine Lizenz auslegt, ungehindert im Norden loszuschlagen."

Auf die Frage, wie Arafat die Verhandlungsmöglichkeiten der PLO mit den USA und Israel sehe, antwortete er u.a.:

"Wir verlangen nicht, daß man uns die Sterne vom Himmel holt. Die einzige praktikierbare Methode ist die Verwirklichung der UNO-Resolutionen."

BRD - RSA

Größtes nationales und internationales Aufsehen erregten die Enthüllungen des African National Congress of South Africa (Afrikanischer Nationalkongreß von Südafrika - ANC) und die Veröffentlichung von Materialien zur nuklearen Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika im September und Oktober d.J. Auch die Berichte der Illustrierten Stern und des Spiegel über gemeinsame militärische Projekte und die Begleitumstände der Reise des BRD- und NATO-Generals Rall in die RSA blieben nicht ohne Wirkung. So mußte Rall inzwischen seinen Hut nehmen.

Diese Berichte und die vorgelegten Dokumente beweisen, daß unter eindeutiger Verletzung des von der BRD, nicht aber von der RSA unterzeichneten Atomwaffensperrvertrages technisches Know-how und Materialien für den Bau von Atombomben dem rassistischen Vorster-Regime zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausführung der Zusammenarbeit liegt bei dem von der Bundesregierung kontrollierten Essener STEAG-Konzern, der die Nutzungsrech-

NEU · NEU · NEU · NEU · NEU · NEU · NEU

Protokoll "SÜDAFRIKA-TRIBUNAL"

Herausgeber: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika

80 Seiten, broschiert; Preis: DM 6,- incl. Versandkosten

Protokoll des "Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika", das am 15. Februar 1975 vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in Bonn veranstaltet wurde.

Mit Beiträgen von führenden Vertretern der Befreiungsbewegungen **African National Congress of South Africa (ANC)**, **South West Africa Peoples Organisation of Namibia (SWAPO)**, **Zimbabwe African National Union (ZANU)**, **Zimbabwe African Peoples Union (ZAPU)**, des **South African Congress of Trade Unions (SACTU)** und der **Afro-Asian Peoples Solidarity Organisation (AAPSO)** sowie von Experten und Zeugen aus der BRD und dem europäischen Ausland: u. a. von **Prof. Paulette Pierson-Mathy**, **Dr. Erika Runge**, **Reverend Don Morton** und **Abdul Minty**.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich

..... Exemplare Protokoll "Südafrika-Tribunal"
zum Preis von DM 6,- incl. Versandkosten

Name _____

PLZ/Ort () _____

Straße _____

Datum/Unterschrift _____



Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Antiimperialistisches
Solidaritätskomitee
6 Frankfurt am Main
Eichwaldstraße 32

te eines Verfahrens besitzt, das von der ebenfalls staatlichen Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe entwickelt wurde. Dieses Verfahren ermöglicht den Bau von Atom-bomben.

Daß die Kontakte nicht etwa nur der friedlichen Nutzung der Atomenergie dienen - wie die Bundesregierung behauptet - , zeigt die Lieferung von Gaskompressoren im Werte von 460 Mio DM durch den westdeutschen Rüstungskonzern MAN. Die Geräte erhalten eine nur bei wichtigen Rüstungsgütern übliche NATO-Code-fizierung.

Auch der offiziell als "private Reise" getarnte Besuch des Bundeswehrgenerals Rall, der mit Wissen Verteidigungsministers Leber militärische Kontakte zum Apartheid-Regime knüpfte, schloß Gespräche im südafrikanischen Atomzentrum Pelindaba ein.

Angesichts der erdrückenden Beweislast trat die Bundesregierung die Flucht nach vorn an: Nicht zuletzt im Hinblick auf die großen Uranvorkommen Südafrikas (die BRD bezieht 40% ihres Natururan-Bedarfs aus der RSA) sprach sich Bundesforschungsminister Matthöfer für eine Zustimmung zu weiteren Kernkraftwerksverkäufen an das Rassistenregime aus, was ihm den Beifall der CDU/CSU einbrachte.

Daß dabei der zu Recht befürchtete "außenpolitische Schaden", den dieses Vorgehen auslösen könnte, nicht ausbleiben wird, scheint gewiß.

Zimbabwe

Zehn Jahre nach ihrer einseitigen Unabhängigkeitserklärung ist auch für das weiße Minderheitsregime von "Rhodesien" das Ende seiner rassistischen Herrschaft absehbar. Mit der Befreiung Moçambiques und dem erzwungenen Rückzug des engsten Verbündeten, Südafrika, befindet sich das Smith-Regime in fast völliger Isolierung. In dieser Situation mußte Smith sich bereit finden, mit den Vertretern der Befreiungsbewegung von Zimbabwe, dem African National Council (ANC), über die Regierungsübernahme durch Vertreter der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit zu verhandeln. Doch schon nach wenigen Stunden scheiterte die Konferenz vom 26. August 1975 über den Viktoria-Fällen an den Intrigen Ian Smiths.

Am 27./28. September 1975 wurde in Salisbury, der Hauptstadt "Rhodesiens", von der Befreiungsbewegung Zimbabwes ein Volkskongreß einberufen, an dem 6.500 Delegierte aus allen 8 Provinzen des Landes teilnahmen. Dieser Kongreß, der im Kampf des Volkes von Zimbabwe eine neue Etappe einleitet, wählte die nationale Führung mit Joshua Nkomo an der Spitze und entschied über die Politik des neuen African National Council. Als die wichtigsten Aufgaben für die nahe Zukunft bestimmte der Volkskongreß:

1. die Einheit des Volkes herzustellen,
2. die Organe des Volkes (die Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände etc.) zu stärken, und
3. das Volk in den bewaffneten Streitkräften zu mobilisieren.

Ian Smith wird sich bald entscheiden müssen - eine lange Lebensdauer wird dem Regime so oder so nicht mehr beschieden sein.

Freiheit für Namibia – Erklärung des ASK

Im Süden Afrikas werden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Rassendiskriminierung, wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung – das sind die Kennzeichen des Apartheid-Regimes am Kap der Guten Hoffnung. Seine Politik stellt nicht nur ein ungeheuerliches Verbrechen an den betroffenen Völkern dar, sondern sie bedroht auch die Unabhängigkeit und Souveränität der afrikanischen Nachbarstaaten.

Trotz wiederholter Entschließungen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung der Vereinten Nationen sowie gegen das Urteil des Internationalen Gerichtshofes mißachtet das Apartheid-Regime Südafrikas bis heute das Recht des namibischen Volkes auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Obwohl von der Mehrheit der Völker und Staaten geächtet, erhält das Regime massive Unterstützung aus der Bundesrepublik. Konzerne und die Regierung unseres Landes unterstützen das Rassistenregime

- ▶ **diplomatisch:** Die Bundesrepublik unterhält entgegen den Beschlüssen der UNO als einziges Land der Welt ein Konsulat im besetzten Namibia.
- ▶ **politisch:** In der UNO enthielt sich die Vertretung der Bundesrepublik bei entscheidenden Abstimmungen gegen das Apartheid-Regime der Stimme. Häufige Besuche von Politikern und Militärs unseres Landes, wie der des Generalleutnants Rall, tragen zur Aufwertung des Regimes bei.
- ▶ **kulturell:** In dem Kulturabkommen zwischen Bonn und der Republik Südafrika wird Namibia als ein Teil Südafrikas behandelt. Es findet ein reger Kulturaustausch mit den Rassisten statt.
- ▶ **wirtschaftlich:** Die Bundesrepublik ist der Handelspartner Nr. 1 der Republik Südafrika. Neben vielen anderen Projekten sind bundesdeutsche Kon-

zerne an der Ausbeutung von Uranvorkommen im besetzten Namibia beteiligt.

▶ **militärisch:** Direkt oder über ausländische Zwischenhändler liefert die Bundesrepublik modernste Waffen und Kriegsmaterial an das Apartheid-Regime. Der geplante Bau eines Atomkraftwerkes durch bundesdeutsche Firmen ebnet den Rassisten den Weg zur Atombombe.

Das muß aufhören! Wir fordern: Schluß mit der Unterstützung der südafrikanischen Rassisten durch Bundesregierung und Konzerne. Insbesondere fordern wir:

- sofortige Schließung des Konsulats in Windhoek/Namibia!
- Aufkündigung des Kulturabkommens mit der Republik Südafrika!
- Unterbindung aller Investitionen bundesdeutscher Konzerne in Namibia!

Das Volk von Namibia hat in jahrelangen Kämpfen sein Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit zum Ausdruck gebracht. Über alle Stammesgrenzen hinweg organisiert die Südwestafrikanische Volksorganisation SWAPO als Befreiungsbewegung des namibischen Volkes den politischen, diplomatischen und militärischen Widerstand gegen das illegale Besatzerregime, für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Ihrem Kampf gehört unsere uneingeschränkte Sympathie und Solidarität. Wir rufen auf zur politischen und materiellen Unterstützung der SWAPO, der rechtmäßigen Vertretung des Volkes von Namibia. Fordert mit uns die Freilassung der eingekerkerten Kämpfer der SWAPO und aller politischer Gefangenen in Namibia.

Fordert mit uns Freiheit und Unabhängigkeit für Namibia!

Spenden zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika werden erbeten auf das Solidaritätskonto:
Prof. E. Wulff, PSchA Frankfurt/Main, Sonderkonto 527055 - 602
Kennwort: Südliches Afrika

Freiheit für Namibia



UNO-RESOLUTION

Die UNO hat am 27. November 1978 eine Resolution verabschiedet, die die vollständige Unabhängigkeit Namibias fordert. Diese Resolution ist ein wichtiger Schritt zur Realisierung der Selbstbestimmung des namibischen Volkes.

Die Bundesrepublik hat sich dieser Resolution nicht angeschlossen. Dies ist ein Zeichen für die Unterstützung des Apartheid-Regimes durch die BRD.

Die SWAPO ist die einzige legitime Vertretung des namibischen Volkes. Sie hat sich für die Befreiung Namibias eingesetzt und wird dies weiterhin tun.

ZIELE DER SWAPO

Die SWAPO hat sich für die Befreiung Namibias und die Errichtung einer demokratischen Regierung eingesetzt. Ihre Ziele sind die nationale Unabhängigkeit und die soziale Gerechtigkeit.

Die SWAPO hat sich für die Befreiung Namibias und die Errichtung einer demokratischen Regierung eingesetzt. Ihre Ziele sind die nationale Unabhängigkeit und die soziale Gerechtigkeit.



SÜDAFRIKA RALLS AUS NAMIBIA!
ERFÜLLUNG DER UN-BESCHLÜSSE DURCH BONN -
KEINE UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS RASSISTENREGIME!
SOLIDARITÄT MIT DER SWAPO!

Die SWAPO ist die einzige legitime Vertretung des namibischen Volkes. Sie hat sich für die Befreiung Namibias eingesetzt und wird dies weiterhin tun.

Die SWAPO ist die einzige legitime Vertretung des namibischen Volkes. Sie hat sich für die Befreiung Namibias eingesetzt und wird dies weiterhin tun.



Wandzeitung
des AIB
dreifarbig
DIN A 1
Preis: 1,- DM
zuzügl. Porto
Bestellungen an:
AIB, 355 Marburg
Liebigstr. 46